

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVI. Jahrgang, Nr. 7

Juli 1953

Frau Stephanie Hainzer,

unsere langjährige Mitarbeiterin ist am 4. August 1953 an den Folgen eines Gehirnschlages im Alter von 53 Jahren gestorben.

Das Institut erleidet durch den plötzlichen Tod seiner ersten statistischen Kraft einen schweren Verlust. Frau Hainzer gehörte dem Institut seit 24 Jahren an, fast seit seiner Gründung. Der Beitrag von Frau Hainzer zur Entwicklung und Entfaltung des Institutes mag in der Öffentlichkeit weniger bekannt sein. Er war trotzdem außergewöhnlich.

Frau Hainzer hat nicht nur an den „Monatsberichten“, sondern auch an fast allen vertraulichen Gutachten des Institutes als Statistikerin mitgearbeitet; sie war stets eine unermüdliche Helferin bei der Lösung schwieriger Probleme. Reiches Wissen und Können, gepaart mit großen Erfahrungen, seltenes Einfühlungsvermögen, wissenschaftliche Gewissenhaftigkeit, hohes Verantwortungsbewußtsein, strenge Korrektheit, zäher Fleiß und gleichzeitig eine seltene Bescheidenheit zeichneten diese Frau aus.

Wir werden unserer Mitarbeiterin stets ehrend gedenken.

Österreichisches Institut
für Wirtschaftsforschung
Dr. Nemschak

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Überschüsse in der Handels- und Zahlungsbilanz steigern die Liquidität der Wirtschaft — Saisongemäße Entwicklung der Industrieproduktion und der Preise

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung; Entwicklung der Nahrungsmiteleinfuhr seit 1951 — Land- und Forstwirtschaft; Wendung im Schweinezyklus — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze; Der Zugang zum Handel im 1. Halbjahr 1953 — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Verkehr und Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1953 — Außenhandel

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Überschüsse in der Handels- und Zahlungsbilanz steigern die Liquidität der Wirtschaft
Saisongemäße Entwicklung der Industrieproduktion und der Preise

Die österreichische Wirtschaft empfängt gegenwärtig ihre stärksten Impulse von der günstigen Außenhandelsbilanz und den beträchtlichen Devisenüberschüssen im Dienstleistungsverkehr. Beide Faktoren erhöhen die Liquidität der Wirtschaft und stärken die Gesamtnachfrage. Diese Auftriebskräfte waren bisher allerdings noch nicht imstande, die

österreichische Wirtschaft mehr als saisonmäßig zu beleben.

In die Augen springend ist der verhältnismäßig starke Rückgang der *Arbeitslosigkeit* in den Monaten Juni und Juli. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden sank in diesen beiden Monaten um 22.500, gegen 7.600 im Jahre 1952. Ende Mai

1953 waren um 32.300 mehr Personen arbeitslos als im Vorjahr, Ende Juli nur noch um 17.400. Angesichts dieser Entwicklung ist es durchaus möglich, daß bis Herbstbeginn die Zahl der Arbeitslosen nicht größer sein wird als vor einem Jahre. Bis vor kurzem wurde noch ein Zuwachs von 30.000 Arbeitslosen am Höhepunkt der Beschäftigungssaison 1953 befürchtet.

Die im Verhältnis zur Entwicklung der Produktion relativ starke Abnahme der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten geht hauptsächlich darauf zurück, daß im Winter 1952/53 infolge außergewöhnlich schlechten Wetters viel mehr Arbeitskräfte entlassen worden waren, als bei normalem Verlauf der Wintersaison freigesetzt worden wären. Außerdem veranlaßte der seit der Währungsstabilisierung erhöhte Zwang zu knappem Kalkulieren viele Betriebe, ihre Belegschaften kurzfristig den Beschäftigungsmöglichkeiten anzupassen. Die starke Entlastung des Arbeitsmarktes im Frühjahr und Sommer darf daher noch nicht als Symptom einer allgemeinen Konjunkturbelebung gedeutet werden, wiewohl die ausgezeichnete Fremdenverkehrssaison (in Vorarlberg waren bereits Ende Juli weniger Personen arbeitslos als im Vorjahre) und Sonderkonjunkturen in einzelnen Industriezweigen (z. B. in der Textilindustrie) nicht zu übersehen sind.

Die *Industrieproduktion* insgesamt dürfte sich in den Sommermonaten annähernd saisongemäß entwickelt haben¹⁾. Im Mai war der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Index der Industrieproduktion hauptsächlich wegen einer geringeren Zahl von Arbeitstagen um 4,1% zurückgegangen. Für das II. Quartal 1953 meldete die Industriesektion der Bundeshandelskammer eine uneinheitliche, nur teilweise den Erwartungen entsprechende Entwicklung der Produktion. Auch der Konjunkturtest des Institutes, der allerdings nur die Entwicklung verschiedener wichtiger Produkte berücksichtigt und (zumindest vorläufig) keine weitreichenden Schlüsse auf den Umfang der Gesamtproduktion zuläßt, deutet darauf hin, daß die Industrieproduktion mit Beginn der Sommerurlaube im Juni und Juli saisongemäß zurückgegangen ist. Auf höheren Touren liefen nur die eisenschaffende Industrie, die Metallhütten, einige Zweige der Fahrzeugindustrie und neuer-

dings auch wieder die Papierindustrie. Die Textilindustrie und die chemische Industrie, die im Vorjahre ihre Produktion stark eingeschränkt hatten, konnten sich wieder etwas erholen. Dagegen entwickelte sich die Erzeugung von Baustoffen, Eisenguß, Maschinen, Eisen- und Metallwaren sowie die Herstellung von Holzwaren uneinheitlich und teilweise ausgesprochen ungünstig.

Im Einzelhandel gingen die *Umsätze* mit Beginn der Sommerurlaube zurück. Im Juni wurde insgesamt um 3%, und je Verkaufstag um 11% weniger verkauft als im Mai. Auffallend schlecht war der Umsatz an Schuhen, die im Frühjahr stark nachgefragt worden waren. Aber auch Textilien und Lebensmittel wurden weniger verkauft als im Vormonat. Im Vergleich zu Juni 1952 waren die Mengenumsätze je Verkaufstag allerdings um 4% höher, wiewohl sich der private Konsum weiter zugunsten von Waren und Leistungen verschoben hat, die nicht oder nur teilweise in Einzelhandelsgeschäften verkauft werden (z. B. Bier und Fleisch).

Die *Preise* erfuhren infolge der Kursanpassung einige Korrekturen. Ins Gewicht fällt vor allem die Erhöhung der Inlandspreise für Kommerzeisen um 14 bis 17%. Diese Anpassung war bereits seit einiger Zeit fällig, nachdem der Eisenpreis im Inlande seit April 1951 unverändert gehalten worden war und sich seither das allgemeine Preis-Lohn-Niveau um rund 20% erhöht hatte. Um die Exportfähigkeit der weiterverarbeitenden Industrien zu erhalten, werden Eisen und Stahl für Exportaufträge weiterhin zum alten Preis abgegeben. Die Verteuerung von Fettröhstoffen wurde teilweise auf die Verbraucherpreise für Speiseöl überwältzt, da jedoch gleichzeitig Obst und Kartoffeln saisonbedingt billiger wurden, ist der Lebenshaltungskostenindex des Institutes von Mitte Juni bis Mitte Juli um 1,3% zurückgegangen. Auch der vom Statistischen Zentralamt berechnete Großhandelspreisindex ist infolge Verbilligung einiger importierter Rohstoffe und dank saisonbedingten Preisermäßigungen bei Nahrungs- und Genußmitteln (hauptsächlich Kartoffeln) um 1,4% gesunken.

Die günstige Entwicklung der Außenwirtschaft (Handels- und Zahlungsbilanz) hat den Spielraum für die *Geld- und Kreditpolitik* stark erweitert. Gegenwärtig wird sowohl von Vertretern der Industrie als auch der Arbeiterschaft eine weitere Senkung der Bankrate und der Soll-Zinsen der Kreditinstitute empfohlen. Tatsächlich ist der gegenwärtige Diskontsatz von 5% erheblich höher als in den meisten anderen Staaten, die ihre Zinssätze vielfach wieder auf das Niveau vor Ausbruch des Koreakon-

¹⁾ Diese Annahme läßt sich allerdings zahlenmäßig nicht belegen, da die Produktionsstatistik der tatsächlichen Entwicklung bekanntlich um 2 Monate nachhinkt. Außerdem wurde bisher im einzelnen noch nicht untersucht, inwieweit die seit April vom Statistischen Zentralamt ermittelten Produktionsergebnisse mit den früher von den Fachverbänden der Industrie erhobenen Daten vergleichbar sind.

fiktives ermäßigt haben. Wiewohl die Wirkung dieser Maßnahme auf die Nachfrage nach Krediten nicht überschätzt werden darf, würde eine Verbilligung der Kredite doch die Produktionskosten senken und dadurch eine Belebung der Wirtschaft erleichtern. Auch die Notenbank gewänne durch eine Senkung der Bankrate wieder größere Möglichkeiten für eine elastische Zinspolitik. Selbst wenn die Kreditinstitute nicht in der Lage sein sollten, auf einen Teil ihrer Zinseneinnahmen aus Krediten zu verzichten, ohne den Zinsfuß für Einlagen zu senken, dürfte deshalb die Spartätigkeit kaum leiden. Eine stärkere Differenzierung der Zinssätze für relativ liquide Sparanlagen und für andere weniger liquide Kapitalanlagen (z. B. Wertpapiere) könnte den volkswirtschaftlich durchaus erwünschten Erfolg haben, daß die Sparer allmählich wieder weniger liquide, dafür aber ertragreichere Anlageformen für ihre Ersparnisse suchen.

Das in den vergangenen Jahren stark vernachlässigte Wertpapiersparen könnte auch durch die Kreditinstitute wirksam gefördert werden. Die hohen Deviseneinnahmen der letzten Monate haben die Liquidität der Kreditinstitute erhöht. Die erste und zweite Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute lag Ende Juni mit 18,4% und 50,1% erheblich über den vereinbarten Mindestreservesätzen. Die Freigabe von 800 Mill. S Counterpartmittel wird den Kreditinstituten neues Notenbankgeld zuführen. Bisher haben die Banken mit ihren überschüssigen Liquiditätsreserven vorwiegend Besatzungskostenschatzscheine und Handelswechsel von der Notenbank zurückgelöst. Da sich diese Anlagemöglichkeiten aber allmählich erschöpfen — die Notenbank besitzt gegenwärtig nur noch 75 Mill. S Besatzungskostenschatzscheine gegen rund 2 Mrd. S Mitte 1952 —, läge es im Interesse der Kreditinstitute, sich stärker als bisher an Neuemissionen und an der Kurspflege auf dem Wertpapiermarkt zu beteiligen, selbst wenn sie dadurch flüssige Mittel auf längere Zeit binden müßten. Die Erfahrungen in Westdeutschland haben jedenfalls gezeigt, daß eine tatkräftige Unterstützung des Kreditapparates beim Wiederaufbau eines leistungsfähigen Kapitalmarktes unentbehrlich ist. Dies gilt um so mehr, als nach der besonders attraktiv ausgestatteten Energieanleihe Neuemissionen, die nicht ähnliche Begünstigungen bieten und sich nicht der gleichen Begebungstechnik bedienen können, nur schwer Absatz finden werden.

Bei allen geld- und kreditpolitischen Überlegungen ist zu berücksichtigen, daß gegenwärtig vom Budget keine nennenswerten Auftriebskräfte ausgehen. Die Gebarungsergebnisse des Bundeshaushal-

tes für das 1. Halbjahr 1953 wurden zwar bisher nicht veröffentlicht. Dank den hohen Steuereingängen, dem befriedigenden Zeichnungsergebnis der Energieanleihe sowie dem niedrigeren Importbedarf an subventionierten Nahrungs- und Futtermitteln dürfte sich jedoch die Anfang 1953 äußerst kritische Kassenlage des Bundes fühlbar entspannt haben, obwohl verschiedene, im Voranschlag nicht vorgesehene Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützungen, für Schuldentilgung und für die Besoldungsreform dotiert werden mußten. Der Verzicht der russischen Besatzungsmacht auf die Besatzungskosten bedeutet eine weitere Entlastung des Budgets.

Die hohen Steuereinnahmen im laufenden Jahre sind selbst für Fachleute überraschend. Im 1. Halbjahr 1953 sind 7.654 Mill. S Steuern (Bundessteuern und gemeinschaftliche Abgaben) eingegangen, um 12% mehr als im 1. Halbjahr 1952 und um 5% mehr als im Voranschlag vorgesehen wurde. Da das Produktions- und Beschäftigungsvolumen heuer etwas niedriger ist als im Vorjahre, schien eher ein Rückgang des Steueraufkommens zu drohen. Das günstige Ergebnis läßt sich teilweise damit erklären, daß sich die im Laufe des Jahres 1952 durchgeführten Steuererhöhungen (z. B. die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Mineralölsteuer sowie die Aufhebung von Zollbegünstigungen) erst im Jahre 1953 voll auswirken. Ausschlaggebend jedoch ist, daß die gegenwärtig eingehenden direkten Steuern, soweit sie veranlagt werden, auf Grund der Erträge und Vermögen im besonders guten Konjunkturjahr 1951 bemessen wurden. Diese waren jedoch erheblich höher als die entsprechenden Werte im Jahre 1950, die für die Steuerzahlungen Anfang 1952 maßgeblich waren. Im einzelnen brachte im 1. Halbjahr 1953 die veranlagte Einkommensteuer um 217 Mill. S, die Gewerbesteuer um 147 Mill. S, die Körperschaftssteuer um 116 Mill. S und die Vermögenssteuer um 23 Mill. S mehr ein als im 1. Halbjahr 1952. Das Gesamtaufkommen an veranlagten direkten Steuern (ohne Besatzungskostenbeiträge), die von Unternehmungen und selbständig Erwerbstätigen gezahlt werden, war im 1. Halbjahr 1953 um 159% höher als das Lohnsteueraufkommen, in der gleichen Zeit des Vorjahres aber nur um 102%. Bei der Steuerbemessung im Veranlagungswege mußte der Steuerzahler, solange die Preise stiegen, stets weniger Steuern zahlen, als seinem laufenden Einkommen entsprochen hätte. Dieser Vorteil verwandelte sich jedoch mit der Stabilisierung des Geldwertes und angesichts der rückläufigen Konjunktur in eine relativ hohe Steuerbelastung, für die nicht alle Unternehmer zureichend vorgesorgt haben.

Die *Zahlungsbilanz* der österreichischen Wirtschaft entwickelte sich in den letzten Monaten über Erwarten günstig. Der zur Deckung des Geldumlaufes herangezogene Devisenbestand der Notenbank, der noch im April um 40 Mill. S abgenommen hatte, erhöhte sich in den Monaten Mai, Juni und Juli sprunghaft um 516 Mill. S, 578 Mill. S und 779 Mill. S. Größere Überschüsse entstanden vor allem im Zahlungsverkehr mit Westeuropa. Die Monatsabrechnung mit der EZU ergab im angeführten Zeitraum einen Saldo zugunsten Österreichs von 37 Mill. \$, 152 Mill. \$ und 181 Mill. \$. Auch gegenüber dem Dollarraum waren die Zahlungseingänge größer als die Ausgänge. Nur mit Verrechnungsländern ist der Zahlungsverkehr leicht passiv. Diese Entwicklung ist jedoch durchaus wünschenswert, da Österreich gegenüber diesen Ländern ohnehin hohe, anderweitig nicht verwertbare Clearingspitzen hat. Durch ihren Abbau eröffnen sich wieder neue Exportmöglichkeiten in diese Gebiete.

Die gegenwärtig besonders hohen Überschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Auslande stammen vorwiegend aus dem *Ausländerfremdenverkehr*. In den Monaten Mai und Juni gingen bei der Nationalbank 2645 Mill. S Devisen aus dem Reiseverkehr ein, um 1638 Mill. S oder 163% mehr als im gleichen Zeitraum 1952. In der Hauptreisesaison im Juli und August ist mit einer weiteren Steigerung der Einnahmen zu rechnen.

Sicherlich ist der hohe Devisenanfall teilweise auch besonderen Umständen zu verdanken. So deuten die hohen Deviseneinnahmen pro Übernachtung — sie sind gegenwärtig um etwa 70% höher als im Vorjahre — darauf hin, daß der Nationalbank unter dem Titel „Reiseverkehr“ auch Devisen zugeführt wurden, die aus dem Rückfluß von Fluchtkapital stammen dürften. Diese in der Inflationszeit gebildeten Quellen werden naturgemäß früher oder später versiegen.

Die im Fremdenverkehr verdienten Devisen stammen zu einem ungewöhnlich hohen Teil von Besuchern aus Westdeutschland. Fast 50% aller Ausländer, die im 1. Halbjahr 1953 in Österreich übernachteten, waren Deutsche. Im 1. Halbjahr 1952 waren es nur 33%. Nach langen Jahren kriegs- und nachkriegsbedingter Absperrung ergießt sich wieder ein breiter Strom von deutschen Touristen in das Ausland. Von dieser Reiselust profitiert gegenwärtig Österreich als unmittelbarer Nachbarstaat besonders. Vermutlich wird aber die deutsche Reisewelle in einiger Zeit ebenso abflauen, wie die Besuche von Schweizern und Italienern, die in den letzten Jahren Österreich als Reiseland bevorzugten, seit Jahresfrist

zurückgehen (im 1. Halbjahr 1953 übernachteten um 24% weniger Schweizer und um 16% weniger Italiener in Österreich als im 1. Halbjahr 1952). Es wird daher besonderer Anstrengungen bedürfen — neben einer Leistungssteigerung im Hotelgewerbe scheint eine Verbesserung des Straßen- und Verkehrsnetzes sowie eine wirksame Werbung besonders dringlich —, damit das gegenwärtige hohe Niveau der Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr gehalten werden kann.

Neben dem Fremdenverkehr haben *Kapitaltransaktionen* zur Bildung der hohen Devisenüberschüsse beigetragen. Zum Teil handelt es sich noch um kurzfristige Verschiebungen in den Zahlungszielen im Außenhandel im Zusammenhang mit der Kursanpassung (Exporteure zögerten mit der Ablieferung von Devisen bis nach der Kursregelung, Importeure versuchten noch billig einzukaufen). Außerdem wurde im Juli die 2. Tranche des Schweizerischen Kredites an die Post fällig. Gegenwärtig verhandelt die österreichische Bundesregierung mit Vertretern der Weltbank über einen weiteren Auslandskredit zum Ausbau des Kraftwerkes Reißbeck, dessen Kosten auf rund 800 Mill. S geschätzt werden. Beiden mit Hilfe von Auslandskrediten zu finanzierenden Projekten ist gemeinsam, daß sie fast ausschließlich von inländischen Firmen mit heimischen Rohstoffen ausgeführt werden sollen und daher unmittelbar keine Devisen beanspruchen. Andererseits werden beide Projekte vorwiegend dem heimischen Verbrauch zugute kommen und keine oder nur wenig Devisen einbringen¹⁾. Das ausländische Kapital wird daher weniger aus devisenpolitischen als aus kredittechnischen Überlegungen benötigt, solange der heimische Kapitalmarkt noch nicht in der Lage ist, die österreichische Wirtschaft ausreichend mit langfristigem Kapital zu versorgen.

Gleichzeitig mit der günstigen Entwicklung der unsichtbaren Transaktionen der Zahlungsbilanz hat sich die *Handelsbilanz* verbessert. Das Gesamtdefizit sank von 296 Mill. S im Mai auf 4 Mill. S im Juni. Im kommerziellen Verkehr wurde erstmalig seit Jänner dieses Jahres ein Ausfuhrüberschuß von 53 Mill. S erzielt. Die Verbesserung der Handelsbilanz ergab sich sowohl aus einer Belebung der Ausfuhr als auch aus einer Einschränkung der Einfuhr. Die Ausfuhr ist im Juni — vermutlich auch unter dem Einfluß der Kursanpassung — um 111 Mill. S auf 1.139 Mill. S gestiegen. Das Ausfuhrvolumen erreichte mit 138% von 1937 den zweithöchsten Stand

¹⁾ Die Deviseneingänge aus Stromlieferungen des Kraftwerkes Reißbeck nach Italien werden nur einen Bruchteil der Zinsen und Amortisationskosten decken.

seit Kriegsende (der im März 1953 erzielte Rekord beträgt 144% von 1937).

Die Gesamteinfuhr (einschließlich ERP) ist um 181 Mill. S auf 1.143 Mill. S zurückgegangen, die kommerzielle Einfuhr allein um 55 Mill. S auf 1.086 Mill. S gesunken. Das Volumen der Gesamteinfuhr war im Juni mit 85% von 1937 das niedrigste seit Jänner dieses Jahres und lag um 16% unter dem Vorjahresdurchschnitt. Von der Einfuhrdrosselung besonders betroffen waren Nahrungsmittel. Die gute Ernte, größere Vorräte an verschiedenen Nahrungs- und Futtermitteln sowie nicht zuletzt das Bemühen der Landwirtschaft, durch eine zurückhaltende Importpolitik ihre Ertragslage zu verbessern, lassen erwarten, daß im 2. Halbjahr 1953 nur relativ wenig Nahrungs- und Futtermittel eingeführt werden. Dagegen dürfte der Rückgang der Rohstoffeinfuhren im Juni um 82 Mill. S nur vorübergehend sein. Dank dem hohen Nahrungsmittelangebot aus dem Inland und der fortschreitenden Ersetzung ausländischer Rohstoffe und Halbwaren durch heimische Produkte dürfte — bei dem derzeitigen Stand der Liberalisierung — ein Importvolumen von 90% von 1937 ausreichend sein, um das gegenwärtige Produktions- und Beschäftigungsniveau zu erhalten.

Mit einer kurzen Unterbrechung Anfang 1953 erzielte Österreich seit Mitte 1952 anhaltend hohe Überschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Auslande. Dadurch war es möglich, die in den ersten Nachkriegsjahren völlig unzureichenden Devisenreserven allmählich wieder aufzufüllen. Die Gold- und Dollarbestände stiegen im Laufe des Jahres 1952 von 62 Mill. \$ auf 101 Mill. \$¹⁾. Sie dürften seither um weitere 30 Mill. \$ zugenommen haben. Die Gesamt- abrechnung mit der EZU ergab Mitte 1953 einen Saldo von 24,6 Mill. \$ zugunsten Österreichs, wovon 5,3 Mill. \$ der Österreichischen Nationalbank in effektiven Dollar überwiesen wurden. Der Restbetrag wurde der EZU als Kredit gewährt. Auf Grund des hohen Überschusses im Juli (18 Mill. \$) und der voraussichtlich nicht minder günstigen Ergebnisse im Spätsommer dürfte das österreichische Guthaben bis Herbstbeginn fast die festgesetzte Quote von 70 Mill. \$ erreichen. Im Verkehr mit Verrechnungsländern besaß Österreich Ende Juli, trotz leichtem Rückgang in den letzten Monaten, ein Clearingguthaben in Höhe von 11,6 Mill. \$.

¹⁾ Nach dem 23. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, Juni 1953.

Die gegenwärtig günstige Handels- und Zahlungsbilanz sowie die stetige Zunahme der Devisenreserven darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf längere Sicht noch ernste Zahlungsbilanzprobleme zu meistern sind. Gelingt es, Produktion und Lebensstandard zu steigern, wird zwangsläufig auch der Einfuhrbedarf wieder zunehmen. Dazu kommen verschiedene andere Belastungen der Zahlungsbilanz: Die Auslandshilfe läuft langsam aus (1953/54 dürfte sie nur noch 30 bis 40 Mill. \$ betragen), die Ausgaben der amerikanischen Besatzungstruppen in Österreich, die sich gegenwärtig auf 30 Mill. \$ pro Jahr belaufen, werden früher oder später ausfallen, die auf die Dauer unvermeidliche weitere Lockerung der Einfuhrbeschränkungen wird eine zusätzliche Importnachfrage auslösen, der Anleihendienst für die Vorkriegsschulden wird jährlich Devisen im Werte von voraussichtlich 60 bis 70 Mill. S erfordern. Nicht zuletzt sind aus dem Staatsvertrag zusätzliche Lasten zu erwarten, denen zumindest kurzfristig keine nennenswerten Deviseneinnahmen gegenüberstehen dürften.

Besonders schwierig scheint ein Ausgleich der Zahlungsbilanz mit dem Dollarraum²⁾. Die laufenden Dollareinnahmen — ohne Auslandshilfe und ohne Einkünfte aus den Käufen der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich — betragen im Jahre 1952 nur 37 Mill. \$, die Dollarausgaben aber 131 Mill. \$. Auf Grund verschiedener Überlegungen wird ein Ausgleich der Dollarbilanz bei hohem Produktions- und Beschäftigungsstand annähernd eine Verdreifachung der österreichischen Ausfuhr nach dem Dollarraum nötig machen. Das aber ist eine fast unlösbare Aufgabe, wenn man an die hohen amerikanischen Zölle für Fertigwaren und an die großen Risiken denkt, die das Amerikageschäft durch das komplizierte Zollverfahren und die raschen Geschmacksänderungen der Verbraucher belasten. Die österreichische Wirtschaft ist daher ganz besonders an einer Wiederbelebung des europäischen Ost-West-Handels interessiert. Der auf eine Stärkung der Landwirtschaft und Verlangsamung der Industrialisierung zielende „Neue Kurs“ in den europäischen Südostländern verbessert die Chancen Österreichs, Nahrungs- und Futtermittel wieder aus Gebieten zu beziehen, die für österreichische Industrieprodukte relativ aufnahmefähig sind.

²⁾ Siehe Beilage Nr. 20 zu den Monatsberichten, Juli 1953: „Österreich und das europäische Zahlungsbilanzproblem.“

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Seit Beginn der Reisesaison sind die Überschüsse im *Auslandszahlungsverkehr* sprunghaft gestiegen. Der Devisenbestand der Notenbank, der im April noch um 40 Mill. S Devisen abgenommen hatte, erhöhete sich in den Monaten Mai, Juni und Juli sprunghaft um 516 Mill. S, 578 Mill. S und 779 Mill. S. Der überwiegende Teil stellt eine echte Vermehrung der sterreichischen Devisenreserven dar, die teils der günstigen Entwicklung der Handelsbilanz, hauptsächlich aber den heuer besonders hohen Einnahmen aus dem Auslanderfremdenverkehr zu verdanken ist.

Im Gegensatz zum 2. Halbjahr 1952, als die expansive Wirkung wachsender Devisenreserven durch einen Rückgang des *kommerziellen Kreditvolumens* zumindest teilweise kompensiert wurde, fehlt es gegenwärtig an nennenswerten kontraktiven Faktoren. Wohl hat die Kreditexpansion in den letzten Monaten stark nachgelassen (von 350 Mill. S im Durchschnitt der Monate Februar bis April auf 60 und 81 Mill. S im Mai und Juni). Sie ist aber noch immer so hoch wie der laufende Zuwachs an Spareinlagen bei den Kreditinstituten. Die Vermehrung des Devisenbestandes, die praktisch kurzfristigen Investitionen im Ausland gleichkommt, mußte daher voll durch zusätzliches Notenbankgeld finanziert werden.

Das gesamte *Geldvolumen* nahm im Juni um 593 Mill. S zu (vorläufige Zahl); es überschritt Ende Juni bereits um 1.203 Mill. S oder 6,5% den Stand zu Jahresbeginn. In den Vorjahren hatte das Geldvolumen im 1. Halbjahr nur um durchschnittlich 400 Mill. S zugenommen¹⁾. Im Juli dürfte sich das Geldvolumen mindestens ebenso stark wie im Juni ausgeweitet haben, da allein der Notenumlauf um 324 Mill. S zunahm.

Die Devisenberschusse haben die Liquidität und das Kreditgewahrungspotential des Kreditapparates weiter vergrößert. Im Juni flossen den Kreditinstituten 358 Mill. S neue Einlagen zu, von denen jedoch nur 81 Mill. S in Form zusätzlicher kommerzieller Kredite wieder ausgeliehen wurden. Die dem Bankenabkommen unterliegenden Institute schränkten ihre Kredite sogar um 23 Mill. S ein. Der laut Abkommen zulässige Spielraum für zusätzliche Kredite erhöhete sich dadurch um 156 Mill. S auf 885 Mill. S. Ihre I. und II. Liquidität überschritt Ende Juni mit 18,4% und 50,1% um 3,4% und 10,1% die vorgeschriebenen Mindestreservesätze.

¹⁾ Selbst im Jahre 1951, im Höhepunkt der Korea-Hausse, nahm die Geldmenge im 1. Halbjahr nur um 779 Mill. S zu.

Die wachsende Liquidität macht die Kreditinstitute nicht nur — wie bereits im letzten Bericht angedeutet wurde — in ihrer Kreditpolitik relativ unabhängig von der Notenbank. Es wird für die Kreditinstitute auch immer schwieriger, ihre überschüssigen Liquiditätsreserven ertragbringend zu verwerten. Bisher haben sie überschüssige liquide Mittel vorwiegend dazu verwendet, Handelswechsel und Schatzscheine von der Notenbank ruckzulosen. Allein von Mitte 1952 bis Ende Juli 1953 wurden 835 Mill. S Handelswechsel und 1.623 Mill. S Besatzungskosten-Schatzscheine von der Notenbank übernommen. Diese Anlagemöglichkeiten erschöpfen sich jedoch allmählich. Von den insgesamt begebenen Besatzungskosten-Schatzscheinen in Hohede von rund 2 Mrd. S besitzt gegenwärtig die Notenbank nur noch 76 Mill. S. Ihr Bestand an Handelswechseln beträgt nur noch 1.025 Mill. S bei einem Gesamtvolumen ausstehender Wechselkredite von 3 Mrd. S.

Unter diesen Umständen besteht begründete Hoffnung, daß ein Teil dieser auf dem Geldmarkt nicht verwertbaren Mittel dem Kapitalmarkt zugeführt wird. Die Übernahme eines Teiles der Energieanleihe durch Banken und Sparkassen ist ein erster Schritt in dieser Richtung. Gewiß mag es auf die Dauer nicht nur aus banktechnischen Gründen, sondern auch aus allgemein volkswirtschaftlichen Überlegungen bedenklich sein, wenn sich die Kreditinstitute allzusehr im Wertpapiergeschäft engagieren. Solange jedoch das Publikum vorzieht, seine Ersparnisse liquide zu halten, sich das Wertpapiersparen auf einen relativ kleinen Kreis von Privatpersonen und Unternehmungen beschrankt²⁾ und die sonstigen Kapitalsammelstellen, wie Versicherungen und Sozialversicherungsanstalten, nur wenig Mittel dem Kapitalmarkt zur Verfügung stellen können, ist eine Belebung des Kapitalmarktes ohne tatkräftige Unterstützung durch den Kreditapparat kaum moglich³⁾.

Außerdem wäre es wünschenswert, daß die Kreditinstitute — im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten — dem längerfristigen Kredit größere Aufmerksamkeit schenken. Im Jahre 1952 entfielen von der gesamten Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens nur 11 Mill. S oder 2,4% auf

²⁾ Die Energieanleihe bildet eine Ausnahme, da sie durch die Lohnzeichnungsaktion weitere Kreise erfassen konnte.

³⁾ Es sei hier auf das deutsche Beispiel verwiesen. Die Statistik der *Bank Deutscher Länder* über den Absatz von Wertpapieren — die Einrichtung einer ähnlichen Statistik würde sich auch in Osterreich empfehlen — läßt deutlich erkennen, daß in den ersten Jahren nach der Währungsreform der überwiegende Teil der Neuemissionen von den Kreditinstituten übernommen wurde. Erst allmählich belebte sich auch der Wertpapierabsatz an Privatpersonen und Betriebe.

längerfristige Kredite, obwohl die Spareinlagen um 1.035 Mill. S zunahmen. Im Jahre 1951 wurden dagegen bei einem Spareinlagenzuwachs von nur 77 Mill. S 235 Mill. S längerfristige Kredite gewährt. Die Bereitschaft der Kreditinstitute, einen Teil der bisher gewährten kurz- und mittelfristigen Kredite, die ohnehin nur formal Betriebskredite waren, praktisch aber Investitionen finanzierten, in längerfristige Kredite umzuwandeln, würde nicht nur die österreichische Wirtschaft widerstandsfähiger und krisenfester machen, sondern auch die Investitionsneigung der Wirtschaft steigern und damit die Konjunktur anregen.

Auf der Wiener Wertpapierbörse erlitten die Aktien hauptsächlich infolge Auflegung der attraktiv ausgestatteten Energieanleihe leichte Kurseinbußen. Der Kursindex von 36 Industrieaktien ging von Mitte Juni bis Mitte Juli um 1,7% zurück. Stärkere Kursgewinne erzielten nur Aktien der Elektrizitätsgesellschaften. Im übrigen waren die Rückwirkungen der Energieanleihe auf den Kapitalmarkt bemerkenswert gering. Entgegen den Erwartungen, die Auflegung der Energieanleihe werde das Kontensparen beeinträchtigen, nahmen die Spareinlagen im Juni um 84 Mill. S zu, um 28 Mill. S mehr als im Juni 1952. Auch auf dem Markt für Anlagepapiere war das Angebot überraschend gering. Die Kurse für festverzinsliche Wertpapiere blieben im allgemeinen unverändert. Bundesschuldverschreibungen 1947 notierten Mitte Juli mit 63,75 S per 100 S Nominale sogar um 12,8% höher als Mitte Juni.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.9

Die Preisentwicklung auf den internationalen Rohwarenmärkten war im Monat Juli uneinheitlich. Während einzelne Waren, wie Blei, Erdöl, Baumwolle, Kaffee und Kakao, fest blieben, ist vor allem der Zinnpreis weiter stark gefallen; auch die Preise von Kautschuk und Weizen zeigten Neigung zu Rückgängen, wenngleich sich der Weizenpreis gegenüber seinem Tiefstand im Juni etwas erholt hat.

Der Waffenstillstand in Korea wird auf kurze Sicht die Weltmarktpreise voraussichtlich nicht stärker beeinflussen, da er bereits in der Preisentwicklung der letzten Monate vorweggenommen wurde. Insbesondere die „koreaempfindlichen“ Güter, wie Zinn und Kautschuk, zeigten schon seit längerer Zeit fallende Preistendenz, doch war dies nicht nur auf die zunehmende weltpolitische Entspannung, sondern vor allem auch auf die allgemein schwache statistische Position dieser Güter zurückzuführen. Wohl haben Zinn und Kautschuk auf den Abschluß des Waffen-

stillstandes mit weiteren Preissenkungen reagiert, doch ist dieser Rückgang im Vergleich zu den Preisverlusten, welche diese beiden Güter im Laufe der letzten vier Monate erlitten hatten, nicht bedeutend. Ansonst ist nach dem Waffenstillstand nur der Preis für Zucker erheblich gesunken.

Im allgemeinen lag das Preisniveau der wichtigsten Welthandelsgüter bei Abschluß des Waffenstillstandes wieder ungefähr so hoch wie knapp vor Ausbruch des Koreakonfliktes. Einige Warenpreise haben sogar den Stand vor Korea beträchtlich unterschritten, während nur wenige Güter, wie etwa Nickel¹⁾, die durch die Korea-Hausse erhöhten Preise halten konnten.

Rohstoffpreise und Koreakonflikt

	Stand vor Ausbruch des Koreakrieges = 100 ¹⁾	Stand bei Abschluß des Waffenstillstandes ²⁾
	Höchststand während des Koreakrieges ²⁾	
Reuter's Index für britische Warenpreise	126	99
Moody's Preisindex für Stapelgüter	135	107
Baumwolle	160	97
Wolle	223	113
Jute	212	86
Sisal	192	69
Kopra	180	92
Kautschuk	325	82
Zinn	273	96
Blei	193	106
Zink	149	58
Kupfer	154	135
Nickel	136	136
Rindshäute	185	85

¹⁾ Mitte Juni 1950. — ²⁾ Für die meisten Waren in den ersten Monaten des Jahres 1951. — ³⁾ Ende Juli 1953.

Das inländische Preisniveau ist im Juli im allgemeinen stabil geblieben; die Preisindizes sind sogar leicht zurückgegangen, da bei den in die Indizes einbezogenen Waren die Preissenkungen überwogen. Die Verteuerung der Importe infolge der Kursvereinheitlichung wirkte sich auf die Konsumgüter nur im Preis für Speiseöl aus (+ 0,50 bis 1,50 S pro kg), doch wurden auch in diesem Fall 40% der Rohstoffkostenerhöhung durch Reduktion der Handelsspannen aufgefangen.

Im Vergleich mit dem bis Mai auf Marken abgegebenen subventionierten Speiseöl beträgt die Verteuerung allerdings — da nun der Stützungsbetrag von 2 S pro kg wegfällt — etwa 3,50 S pro kg.

Große Preisnachlässe wurden im Juli bei den Saisonräumungsverkäufen des Textilhandels gewährt, die Räumungsrabatte liegen meist zwischen 25 und 50%, in manchen Fällen sogar noch darüber.

¹⁾ Nickel ist überdies das einzige Metall, welches derzeit noch knapp ist und der Kontingentierung durch die Internationale Rohstoffkonferenz unterliegt.

Dagegen wurden mit Wirkung vom 1. August die Inlandspreise für Kommerzeisen erhöht, und zwar für Warmbandeisen, Grobbleche und Mittelbleche um 14%, für Knüppel, Stabstahl, Formstahl und Walzdraht um 17%. Die Preise für Feibleche sowie die verschiedenen Zu- und Aufschläge bleiben jedoch unverändert. Auch die eisenverarbeitenden Betriebe erhalten alle Eisen- und Stahlsorten für Exportzwecke zum alten Preis. Infolgedessen erhöht sich die den verarbeitenden Betrieben schon bisher von der eisenschaffenden Industrie gewährte Exportvergütung. Während sich z. B. der offizielle Preis für Stabstahl von 1.957'50 S pro t (einschließlich Umsatzsteuer) auf 2.290 S erhöht, beträgt er für die exportierenden Betriebe weiterhin 1.553'50 S, so daß die Exportprämie von bisher 404 S auf 736'50 S stieg.

Dadurch wird verhindert, daß die eisenverarbeitende Industrie auf den Auslandsmärkten an Konkurrenzfähigkeit einbüßt.

Die Verteuerung von Eisen und Stahl wird damit begründet, daß die Preise seit 1. April 1951 nicht mehr nachgezogen worden sind — also seit einem Zeitpunkt, der noch vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen liegt —, während sich die allgemeinen Gestehungskosten seither um rund 28% erhöht haben. Vor allem haben sich seither die Importrohmaterialien beträchtlich verteuert: die Preise für Koks und Kokskohle um 68 und 71%, für Eisenerz um 126%, für Schrott um 72%, für Ferromangan um 40%, für Zuschlagsquarz um 78%; auch die Inlandspreise für Roh- und Hilfsstoffe sind gestiegen, und zwar für Kohle um 18%, für Schrott um 50%, für elektrischen Strom um 33%. Während des gleichen Zeitraumes haben sich auch die Transportkosten infolge der allgemeinen Frachterhöhung, sowie der Aufkündigung der Vorzugstarife, um rund 40% erhöht. Wohl konnten die inländischen Stahlpreise vorübergehend aus den Exporterlösen gestützt werden¹⁾. Da jedoch die Preiskonjunktur im Exportgeschäft inzwischen nachgelassen hat, ist die Überwälzung der Kostensteigerungen auch auf die Inlandspreise unvermeidlich geworden.

Die Auswirkungen auf die Konsumenten dürfen in engen Grenzen bleiben, da die eisenverarbeitende Industrie voraussichtlich einen großen Teil der Erhöhung auffangen wird und überdies viele wichtige Konsumgüter aus Feiblech erzeugt werden.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist während der Berichtsperiode um 1'4% auf 777 (März 1938 = 100) gesunken. Zum ersten Male seit 5 Monaten ging auch der Teilindex für Industriestoffe leicht zurück (um 0'6%), hauptsächlich wegen der rückläufigen Entwicklung des Zinnpreises (−15%); auch die Preise für Wolle (−4'6%), Baumwolle (−1'6%) und Kautschuk (−2'9%) sind gesun-

¹⁾ Selbst während des Booms war es aber nicht möglich, die Exportkonjunktur voll auszunützen, da die Bedürfnisse des inländischen Wiederaufbaus im Vordergrund standen.

ken. Der Gruppenindex für Nahrungs- und Genußmittel fiel um 1'8%, wobei die Erhöhung des Schweinefleischpreises um 15'4% durch einen Rückgang des Kalbfleischpreises sowie des Kartoffelpreises²⁾ überkompensiert worden ist.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Großhandelspreisindex um 6% niedriger; Nahrungs- und Genußmittel waren um 11'1% billiger, Industriestoffe um 1'8% teurer als ein Jahr vorher.

Der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ging um 0'2% auf 658 (März 1938 = 100) zurück.

Auch der vom Institut berechnete *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem Normalverbrauchschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) ist während des Berichtszeitraumes um 1'3% gesunken und lag um 7'8% niedriger als vor einem Jahr. Die Veränderungen gegenüber dem Vormonat beschränkten sich auf den Teilindex für Nahrungsmittel, während alle übrigen Aufwandsgruppen unverändert blieben. Vor allem haben sich die Preise für Obst (−44'8%) und Kartoffeln (−18'7%) saisongemäß gegenüber den hohen Preisen des Vormonats verbilligt; außerdem sind die Preise für Eier, Kalbfleisch und Extrawurst etwas zurückgegangen. Durch diese Preissenkungen wurden die gleichzeitigen Verteuerungen leicht überkompensiert. Außer der Speiseölverteuerung aus den oben erwähnten Gründen scheint im Index auch eine Erhöhung des Aufwandes für Margarine auf, die sich jedoch ausschließlich daraus erklärt, daß die bis Anfang Juli verbilligt auf Marken abgegebene Margarine nunmehr vom Markt verschwunden ist und deshalb der Preis für die hochwertigere Milchmargarine für den Index herangezogen werden muß; deren Preis ist jedoch trotz Verteuerung der Importrohstoffe unverändert geblieben, da die Industriespanne gekürzt worden ist. Im übrigen haben die Preise für Rindfleisch, Schweinefleisch und Gemüse (Spinat) etwas angezogen.

Der geringfügige Rückgang des Index der *reagiblen Preise* ist ausschließlich auf das weitere Sinken des freien Goldpreises um 2'8% auf nur mehr 535 (März 1938 = 100) zurückzuführen. Damit lag er um 16'7% niedriger als vor einem Jahr.

Der vom Institut berechnete Index der *Arbeiternettotariflöhne* blieb auch im Juli unverändert.

Es gab dennoch verhältnismäßig rege Lohnverhandlungen. Ab 1. Juli wurden die Gehälter der Angestellten des Gewerbes im Zuge der Entnivellierung modifiziert; die Unterschiede zwischen den nach Qualifikation und Dienstalter gestaffelten Bezügen wurden vergrößert. Diese Ge-

²⁾ Die saisonbedingte Preiserhöhung für Kartoffeln im Vormonat wurde damit wieder größtenteils abgebaut.

halterhöhungen sind in den unteren Stufen minimal, steigen jedoch bei höher qualifizierten Angestellten mit einer größeren Anzahl von Dienstjahren und erreichen in der höchsten Kategorie über 21%. Die Aktion schließt sich an die bereits vor einigen Monaten durchgeführten analogen Regelungen bei den Angestellten in der Industrie und im Handel an; dadurch wurden auch die Gehaltsätze der Angestellten des Gewerbes im Verwendungsgruppenschema C (für Firmen, die mehr als 15 Angestellte dauernd beschäftigen) wiederum den für die Industrieangestellten geltenden Gehaltsätzen angeglichen.

Für die Speditionsangestellten wurden rückwirkend ab 1. Juni die Gehälter um durchschnittlich 4 bis 5% erhöht. Ebenso konnten die Angestellten bei Wirtschaftstreuhändern Gehaltserhöhungen erreichen. Die Löhne der Arbeiter in der Kühlindustrie von Wien und Niederösterreich stiegen um 6 bis 7%. Gewisse Erhöhungen konnten auch die Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter sowie der Land- und Forstarbeiter erzielen. Hingegen konnte bisher keine Einigung über die von den Wiener Dachdeckern erhobene Forderung von diversen Zulagen (Schmutz-, Schlechtwetter-, Erschwernis-, Gefahrezulage usw.) erzielt werden, weshalb die Wiener Dachdecker Ende Juli in den Streik traten.

Ernährung

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Im Juli nahm das *Fleischangebot* in Wien saisonbedingt um 10% ab, war aber immer noch um etwa 21% höher als vor einem Jahr. Der Rückgang gegenüber dem Vormonat ist ausschließlich auf geringere Zufuhren von Schweinen zurückzuführen (sie betragen im Juni durchschnittlich 13.880 Stück je Woche, im Juli aber nur 12.032 Stück). Die Anlieferungen von Rindern (durchschnittlich 1.549 Stück je Woche) und von Kälbern (3.684 Stück im Wochendurchschnitt) blieben hingegen nahezu unverändert. Gegenüber Juli 1952 haben die Zufuhren von Schweinen um 21%, die von Rindern um 12% und von Kälbern um 40% zugenommen.

Da überdies die Nachfrage nach Schweinefleisch seit einiger Zeit durch Interventionskäufe verstärkt wird¹⁾, zogen im Juli die Schweinepreise auf dem Zentralviehmarkt sprunghaft um durchschnittlich 2 S je kg (20%), die Großhandelspreise für Schweinefleisch um 2 bis 3⁵⁰ S je kg (15 bis 23%) an und erreichten wieder etwa das Niveau von März 1953. Die Preise des Vorjahres wurden nur noch um 8 bis 10% (im Juni noch um 12 bis 24%) unterschritten. Im

¹⁾ Die zur Stützung der Preise aufgekaufte Ware wurde teils eingelagert, teils exportiert. Die Ausfuhr von Fleisch ist daher von durchschnittlich 141 q in den ersten vier Monaten 1953 auf 2.023 q im Mai und 1.077 q im Juni gestiegen (hauptsächlich nach Frankreich, Dänemark und Italien); außerdem wurden im Mai 1.463 q und im Juni 6.296 q lebende Tiere exportiert (hauptsächlich nach Italien und Westdeutschland) gegenüber durchschnittlich 612 q je Monat von Jänner bis April.

Detailverkauf dagegen verteuerte sich Schweinefleisch von Mitte Juni bis Mitte Juli zunächst nur um 1 bis 2 S je kg (4 bis 8%) und war immer noch um 10 bis 25% billiger als vor einem Jahr. Die Verbraucherpreise für Rind- und Kalbfleisch sind dagegen im ganzen ziemlich unverändert geblieben, die Großhandelspreise für Lebendvieh und Fleisch gingen sogar teilweise weiter leicht zurück.

Die Zufuhren von *Obst, Gemüse und Kartoffeln* sind im Juli saisonbedingt stärker gestiegen. Im Wochendurchschnitt kamen 16.855 q Obst, 24.565 q Gemüse und 13.730 q Kartoffeln nach Wien, um 46%, 23% und 36% mehr als im Juni. Die Anlieferungen von Juli 1952 wurden um 32% (Obst), 3% (Gemüse) und 7% (Kartoffeln) übertroffen. Allerdings haben sich Angebot und Preise bei den verschiedenen Arten nicht einheitlich entwickelt. Während jene Obstarten, deren Saison zu Ende ging (Ananas, Kirschen, Weichseln), im Juli teurer waren als vor einem Jahr, waren die Preise der übrigen Obstarten niedriger (vor allem Ribisel, Stachelbeeren, Pflirsiche, Äpfel) oder gleich hoch (Marillen, Ringlotten). Auch die meisten Gemüsearten waren um 10 bis 30% billiger als im Juli 1952 (nur die Preise für Kohl, Karfiol, Kohlrüben und Tomaten waren etwas höher oder gleich hoch wie im Vorjahr) und Kartoffeln verbilligten sich ebenfalls um durchschnittlich 20 Groschen je kg (15%).

Im Juni nahm die Marktproduktion von *Milch* saisonbedingt um 2% (je Tag) zu und war um 16% höher als vor einem Jahr. Wegen des kühlen Wetters aber erhöhte sich der Trinkmilchabsatz nur geringfügig (je Tag um 0,7%) und war trotz besserer Qualität und verbilligter Abgabe in den Schulen nur um 2% größer als vor einem Jahr. Es mußten daher um 20% mehr Käse und um 8% mehr Butter erzeugt werden als im Juni 1952.

Marktproduktion von Milch und Milchprodukten²⁾

	1. Halbjahr		1953 in % von 1952
	1952	1953	
Milch insgesamt.....	442.460	514.375	116,3
Butter	8.619	9.100	105,6
Käse	5.642	7.027	124,5
Topfen.....	2.807	3.040	108,3
Trinkmilchabsatz ³⁾	242.206	250.615	103,5

²⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds; vorläufige Zahlen. — ³⁾ Konsummilch bzw. Vollmilch.

Insgesamt kamen heuer im 1. Halbjahr 514.400 t Milch auf den Markt, um 71.900 t oder 16% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Da aber der Absatz von Trinkmilch nur um 8.400 t oder 4% gesteigert werden konnte, mußte der größte Teil der Mehranlieferung verarbeitet werden. Wegen der

größeren Lagerfähigkeit und der besseren Exportaussichten wurde vor allem die Käseerzeugung forciert. Obwohl der Fettgehalt der Trinkmilch erhöht wurde, nahm die Marktproduktion von Käse um 25%, die von Butter um 6% und von Topfen um 8% zu.

Entwicklung der Nahrungsmiteinfuhr seit 1951¹⁾

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln war im Jahre 1952 mengenmäßig nahezu gleich hoch wie im Jahre 1951, aber geringer als in der Vorkriegszeit. Zu Durchschnittspreisen 1934/37 gerechnet, erreichte sie im Jahre 1952 96,7% des Vorkriegsstandes, gegenüber 96,2% im Jahre 1951. Wertmäßig wurde allerdings mit 2,83 Mrd. S die Einfuhr von 1951 (3,07 Mrd.) nicht erreicht. Da nach der Korea-Hausse die Einfuhrpreise für Nahrungsmittel früher und stärker gesunken sind als die Preise der übrigen Importwaren²⁾, hat sich auch der Anteil der Nahrungsmittel an den Gesamtimporten, obwohl ihr Volumen leicht gestiegen ist, von 22% auf 20% verringert und war bedeutend niedriger als vor dem Kriege (24%). Der Anteil der Importe am Nahrungsmittelverbrauch sank bei leicht steigendem Konsumniveau und wachsender heimischer Produktion von 22% im Jahre 1951 auf 19% im Jahre 1952³⁾ und erreichte damit den Vorkriegsstand. Damals war allerdings der gesamte Konsum um 6% höher als heute.

Wert und Zusammensetzung der Nahrungsmiteinfuhr⁴⁾

Zeit	Einfuhr zu laufenden Preisen				Einfuhr zu Preisen $\bar{\sigma}$ 1934/37				
	Insgesamt	in % der Gesamteinfuhr		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon	
		Mill. S	pflanzl.		tierische	Mill. S		pflanzl.	tierische
$\bar{\sigma}$ 1934/37	304,2	24,0	58,2	41,7	304,2	58,2	41,7		
1951	3.074,8	21,9	83,4	16,6	292,7	77,5	22,5		
1952	2.830,7	20,3	80,6	19,4	294,3	75,9	24,1		
I. Quartal	767,1	18,6	80,2	19,7	71,4	72,4	27,6		
II. „	898,8	24,0	81,1	18,9	100,0	77,5	22,5		
III. „	573,9	18,2	78,8	21,2	64,9	75,4	24,6		
IV. „	590,9	20,0	82,2	17,8	58,0	77,9	22,1		
1953 I.	545,2	18,4	84,0	16,0	62,3	69,0	31,0		

¹⁾ Nach Brüsseler Schema die Gruppen: Lebende Tiere (nur für Ernährungszwecke), Lebensmittel und Getränke (ohne alkoholische Getränke und Futtermittel), Ölsaaten und Hopfen (aus der Gruppe Rohstoffe).

Das Bestreben der österreichischen Einfuhrpolitik, die Nahrungsmiteinfuhr in dem Maße zu verringern, als das inländische Angebot zunimmt,

¹⁾ Über die Entwicklung bis 1951 siehe Monatsberichte Nr. 10, Jg. 1952, S. 295 ff: „Entwicklung und Zusammensetzung der Nahrungsmiteinfuhr“.

²⁾ Der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt berechnete Preisindex für die Gesamteinfuhr war im Monatsdurchschnitt 1952 noch um 5% höher als 1951, der für die Nahrungsmiteinfuhr aber um 8% niedriger.

³⁾ Wertmäßige Berechnung auf Grund der Verbraucherpreise 1937.

hatte im Jahre 1952 nur teilweise Erfolg. Während die Einfuhr pflanzlicher Produkte bei leicht erhöhter Inlandserzeugung um 1% abgenommen hat, wurden tierische Produkte um 8% mehr importiert, obwohl auch ihre Produktion um etwa 9% zugenommen hat. Die Einfuhrstruktur hat sich dadurch zwar etwas zugunsten der tierischen Produkte verschoben, blieb aber noch immer weit vom Vorkriegsstand entfernt. Der Anteil tierischer Produkte am Volumen der Nahrungsmittelimporte erreichte nur 24% (22,5% im Jahre 1951) gegen 42% im Jahresdurchschnitt 1934 bis 1937; das Einfuhrvolumen tierischer Produkte war immer noch um 44% (48%) niedriger, das pflanzlicher um 26% (28%) höher als vor dem Kriege. Von der wertmäßigen Gesamteinfuhr von Nahrungsmitteln entfielen 548 Mill. S oder 19,4% auf tierische Produkte gegen 509 Mill. S oder 16,6% im Jahre 1951.

Volumen und Preise der Nahrungsmiteinfuhr

Monatsdurchschnitt	Insges.	Einfuhrvolumen		Insges.	Einfuhrpreise	
		pflanzl. Produkte	tierische Produkte		pflanzl. Produkte	davon tierische Produkte
1951	96,2	128,0	52,0	1.050,6	1.131,7	771,8
1952	96,7	126,1	56,0	961,8	1.022,0	772,2
I. Quartal	93,9	116,7	62,1	1.074,6	1.190,8	768,9
II. „	131,5	175,1	70,8	898,6	940,0	755,3
III. „	85,4	110,5	50,4	883,9	923,4	762,2
IV. „	76,2	101,9	40,4	1.019,5	1.076,3	819,3
1953 I.	81,9	97,0	60,9	875,6	1.066,5	450,8

Wenn auch der mit zunehmender inländischer Produktion erwartete Einfuhrückgang im Jahresergebnis nicht eintrat, so läßt die Entwicklung in den einzelnen Quartalen doch eine rückläufige Tendenz erkennen. Die meisten Importe wurden nämlich im I. Halbjahr getätigt. Außer Südfrüchten, Kartoffeln und Eiern, deren Einfuhr vorwiegend saisonbedingt zunahm, wurden in diesem Zeitraum vor allem viel Schmalz und Fettrohstoffe importiert, da man die niedrigen Weltmarktpreise ausnützte und Vorräte anlegen wollte. Infolge vorübergehender Knappheit wurde auch relativ viel Käse und, um ähnliche Versorgungsschwierigkeiten wie im Jahre 1951 zu vermeiden, mehr Fleisch eingeführt. Diese Bevorratungspolitik erwies sich jedoch in der Folge als wenig zweckmäßig. Die Einfuhrpreise gaben teilweise weiter nach und die Inlandsversorgung war so günstig, daß der Absatz der Vorräte (insbesondere von Fleisch) sehr schwierig war. Das Volumen der Nahrungsmittelimporte ging daher im III. Quartal 1952 sprunghaft um 35% und im IV. abermals um 11% zurück und war auch im I. Quartal 1953 um 13% geringer als vor einem Jahr. Da die Einfuhrpreise in dieser Zeit um 19% gefallen sind, nahmen die Importe wertmäßig sogar um 29% ab.

Die Bemühungen der Landwirtschaft, die Preise ihrer Produkte zu halten und deren Absatz zu sichern, bewirkten schon im Jahre 1952 einen scharfen Rückgang der mengenmäßigen Einfuhr von Schlachtrindern und Schweinen (– 60%), Weizen (– 32%), Zucker (– 24%) und Mehl (– 17%) gegenüber 1952, der freilich durch Mehreinfuhren anderer (vor allem Südfrüchte, Obst, Reis, Eier, Schmalz, Olivenöl, Käse) Lebensmittel überdeckt wurde. In Zukunft werden aber diese Bestrebungen verstärkt werden und zu einer noch vorsichtigeren Einfuhrpolitik führen. Im I. Quartal 1953 wäre die Einfuhr bereits geringer oder, da vor allem die tierische Produktion stark zugenommen hat, zumindest der Anteil pflanzlicher Produkte größer gewesen, wenn nicht die warenmäßig weitgehend gebundenen MSA-Mittel¹⁾ die Schmalzimporte forciert hätten.

Die Liberalisierung der Einfuhr ab 1. Juli, die wertmäßig 20% der gesamten Nahrungsmiteleinfuhr des Jahres 1952 erfaßt²⁾, wird das Importvolumen im ganzen kaum erhöhen, da die Einfuhr der meisten liberalisierten Waren schon bisher ausreichend war (z. B. Reis, Kakaobohnen, Seefische, Ölfrüchte, Ölsaaten, Speiseöle, Hopfen) und außerdem zum Teil mengen- und wertmäßig ganz unbedeutend ist (z. B. Kastanien, Datteln, Zimt, Johannisbrot). Überdies wurden nur solche Waren für die Liberalisierung gewählt, die weder direkt noch indirekt (als Substitutionsprodukte) mit dem inländischen Angebot stark konkurrieren. Eine Verlagerung der Nachfrage zugunsten liberalisierter Importwaren ist daher kaum wahrscheinlich. Eher ist eine höhere Importnachfrage nach bisherigen Agioträgern, die nicht liberalisiert wurden (insbesondere Kaffee, Tee, Orangen, Bananen, Obst, alkoholischen Getränken) zu erwarten, da die Preise dieser Waren durch den Wegfall des Agios sinken sollten. Knappe Devisenzuteilungen könnten allerdings, falls nicht handelsvertragliche Verpflichtungen zu größeren Importen zwingen, die Einfuhr dieser Südfrüchte und Genußmittel drosseln.

¹⁾ Da seit Sommer 1952 Weizenimporte im Rahmen des Weizenabkommens nicht mehr mit MSA-Dollar bezahlt werden konnten (weil der vereinbarte Preis unter dem freien lag), mußten die verfügbaren MSA-Mittel für Importe von Schmalz oder Rohzucker verwendet werden.

²⁾ Ab 1. Juli 1953 wurde die Einfuhr folgender Nahrungsmittel liberalisiert: getrocknete Feigen für industrielle Zwecke, Zitronen, Kastanien, Reis, Senfsaat, Kopra, Baumwollsaamen, Hopfen, Seefische (frisch), Muschel- und Schaliere (frisch), Olivenöl, Rüböl. Bis spätestestens 1. Dezember 1953 sollen noch folgende Nahrungsmittel, die im Kopplungswege eingeführt wurden, liberalisiert werden: Kakaobohnen (roh), Zimt, getrocknete Feigen (zum unmittelbaren Genuß), Korinthen, Datteln, Mandeln, Johannisbrot, Nüsse und Haselnüsse (mit und ohne Schale).

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Obwohl die Halmfrüchte infolge häufiger und schwerer Gewitterregen stark lagerten, sind die *Ergebnisse der Getreideernte* überraschend gut. Gerste brachte nach dem ersten Drusch im Durchschnitt um 20 bis 25% und Weizen um 15 bis 20% höhere Erträge als im Jahre 1952. Das ist um so beachtlicher, als schon die vorjährigen Gersten- und Weizenenerträge recht gut waren. Auch Hafer verspricht wieder eine gute Ernte. Nur Roggen litt stärker unter ungünstiger Witterung während der Blüte und durch starke Lagerung, doch dürfte der Vorjahresertrag wiederum erreicht worden sein.

Die Qualität des Getreides ist allerdings weniger gut. Vor allem machte sich heuer der Mangel an Anlagen zur Getreidetrocknung in den Gebieten des Mähdrusches stark fühlbar, um so mehr, als das Erntewetter zumeist ungünstig war und relativ viel feuchte Frucht anfiel. Da der Mähdrusch weiterhin sehr rasch zunimmt, sollte alles unternommen werden, das Problem der Trocknung des Erntegutes vorzüglich zu lösen.

Die Gesamterträge an Getreide werden die Vorjahresergebnisse allerdings nicht so stark übertreffen wie die Hektarerträge, da zahlreiche Unwetter in Niederösterreich und der Steiermark erhebliche Schäden verursachten oder Kulturen vernichteten. Außerdem konnte ein Teil des Getreides infolge der feuchten Witterung erst sehr spät geerntet und eingefahren werden, so daß die Frucht überreif wurde und teilweise ausfiel oder auswuchs. Die Höhe dieser Verluste wird man jedoch nicht vor dem Spätherbst – bis das meiste Getreide gedroschen sein wird – verlässlich schätzen können³⁾.

Ölfrüchte (Raps, Rübsen) brachten um ein Drittel niedrigere Erträge als im Vorjahr, da Spätfröste ihre Entwicklung hemmten und ein Teil der Körner beim Drusch, der sich durch Regenfälle verzögerte, verloren ging. Da auch der Preis zurückging (430 S je 100 kg gegen 480 S im Jahre 1952) werden im Jahre 1953/54 weniger Raps und Rübsen angebaut werden. Auch die *Obst- und Weinernte* wird infolge Unwetterschäden um mehr als ein Drittel kleiner sein als die vorjährige. Dagegen erwartet man – trotz verbreiteter Krautfäule bei Kartoffeln und verringerter Zuckerrübenanbaufläche – eine sehr gute *Kartoffel- und Zuckerrüben*ernte. Da noch ein reichlicher Grummetschnitt sowie ein guter zweiter und dritter Kleeschnitt zu erwarten sind, werden heuer

³⁾ Die amtlichen Stellen schätzen, daß heuer 800.000 t Brotgetreide geerntet wurden gegen 749.300 t im Vorjahr.

auch die *Grünfütter-* und *Heuerträge* sowie die Erträge der Weiden über dem Durchschnitt liegen und die Fleisch- und Milchproduktion weiter steigern. Soweit sich dies jetzt schon überblicken läßt, wird die *Gesamtproduktion der Landwirtschaft* (pflanzliche und tierische Erzeugung) im Jahre 1953 jedenfalls größer als im Jahre 1952 (95% von 1937) sein und voraussichtlich wieder das Vorkriegsniveau erreichen.

Die Landwirtschaft brachte mit 9.513 t *Brotgetreide* (5.532 t Roggen, 3.981 t Weizen) auch im Juni ein Vielfaches der Menge von Juni 1952 (471 t) auf den Markt. Mit insgesamt 352.000 t wurden im Wirtschaftsjahr 1952/53 um 111.289 t oder 46% mehr Brotgetreide angeboten als im Wirtschaftsjahr 1951/52; das Plus an Roggen betrug 47.618 t oder 47%, an Weizen 63.671 t oder 46%. Dadurch wird es möglich sein, die Einfuhr von Brotgetreide auf 380.000 t zu beschränken, eine Menge, die nur um 20.000 t über der durchschnittlichen Vorkriegseinfuhr liegt. Für 1953/54 wurde der durchschnittliche Erzeugerpreis für Weizen und Roggen in gleicher Höhe wie im Vorjahr fixiert (240 S je 100 kg), doch staffelte man die monatlichen Abschläge und Zuschläge stärker, um einen Anreiz für eine rasche Übernahme und Lagerung des anfallenden Getreides durch Handel und landwirtschaftliche Genossenschaften zu schaffen.

Wendung im Schweinezyklus

Am 1. Juni wurden 251 Mill. *Schweine* gezählt, um 160.200 Stück oder 7% mehr als am 3. März und um 245.898 Stück oder 11% mehr als vor einem Jahr. Gegenüber Juni 1939 waren im ganzen um 1% weniger Tiere vorhanden, doch fällt es auf, daß die Ferkel-, Jungschweine- und Mastschweinebestände um 3%, 3% und 5% größer, die Bestände an Zuchtsauen, trächtigen Sauen und Zuchtebern aber um 18%, 15% und 65% kleiner als damals waren. Dies läßt — sofern die Statistik nicht lückenhaft ist — darauf schließen, daß die Nachzucht von Ferkeln in den letzten Monaten stärker eingeschränkt wurde.

Daß der steigende Trend der Schweinehaltung unterbrochen werden wird, zeigt sich auch bei den Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr und in der jahreszeitlichen Bestandsentwicklung. Die Veränderungsrate für den Zuchtsauenbestand, die am 3. Dezember 1952 gegenüber dem gleichen Termin des Vorjahres noch plus 5% betrug, sank am 3. März 1953 auf plus 1% und am 1. Juni 1953 auf minus 4%. Bei dem Bestand an trächtigen Tieren betrug die entsprechenden Veränderungen plus 8%, plus 4% und minus 8%. Die Bestände an Ferkeln, Jung-

schweinen und Mastschweinen hingegen waren im Juni noch um 10%, 10% und 23% höher als ein Jahr vorher. Freilich war die Zuwachsrate bei Ferkeln im März 1953 mit plus 15% noch größer. Dies deutet darauf hin, daß man bereits im Februar und März dieses Jahres, als die Preise für Schlachtschweine stärker fielen, begonnen hatte, weniger Sauen belegen zu lassen.

Schwanken des Schweinebestandes¹⁾

Tierart	Bestand im II. Quartal				1953
	1949	1950	1951	1952	
± Veränderungen gegenüber dem II. Quartal des Vorjahres in %					
Ferkel	+27'0	+61'3	- 3'8	+ 1'3	+10'5
Jungschweine	- 4'4	+41'0	+21'5	- 2'8	+ 9'8
Zuchtsauen	+ 5'0	+15'6	-10'5	+ 2'2	- 3'5
davon trächtig	+15'2	+18'2	-10'1	+ 7'6	- 8'1
Schlacht- und Mastschweine	-15'9	+42'6	+32'3	+16'8	+22'9
Schweine insgesamt ...	+ 1'6	+41'5	+ 9'4	+ 2'2	+10'9

¹⁾ Berechnet nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Auch die saisonmäßig starke Abnahme an trächtigen Tieren um 7% zeigt den kommenden rückläufigen Trend der Schweinehaltung an, da die Zahl trächtiger Sauen bei unveränderter Schweinehaltung im Juni annähernd so hoch sein müßte wie im März. Da auf ein trächtiges Zuchtschwein mehr Ferkel¹⁾ als bisher entfielen (4'4 gegen 4'0 im März), war der Zugang an Ferkeln seit März mit 23% noch relativ groß. Dennoch blieb der Zuwachs im Gesamtbestand mit 7% etwas hinter dem saisonmäßig zu erwartenden Ausmaß zurück.

Saisonbewegung des Schweinebestandes¹⁾

Tierart	Bestand im II. Quartal				1953
	1949	1950	1951	1952	
± Veränderungen gegenüber dem I. Quartal des gleichen Jahres in %					
Ferkel	+41'4	+50'3	+27'3	+28'4	+22'9
Jungschweine	+ 3'3	+ 2'8	- 0'9	+ 2'4	+ 2'0
Zuchtsauen	+12'6	+ 9'2	+ 0'2	+ 6'5	+ 1'3
davon trächtig	+ 3'8	- 2'1	- 2'0	+ 5'2	- 7'4
Schlacht- und Mastschweine	+ 0'7	+ 7'9	+ 3'9	+ 4'8	+ 4'0
Schweine insgesamt ...	+12'4	+15'3	+ 5'8	+ 8'9	+ 6'8

¹⁾ Berechnet nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Da an die Landwirte in den letzten Monaten wiederholt appelliert wurde, die Viehbestände richtig anzugeben, um lenkende Maßnahmen zur Preisstabilisierung einleiten zu können, muß angenommen werden, daß der Schweinebestand bei der letzten Zählung besser erfaßt wurde als etwa im Jahre 1952. Die damalige Unvollständigkeit der Angaben wurde auch durch das starke Marktangebot im Frühjahr 1953 bestätigt, das aus den gemeldeten Bestandszahlen des Vorjahres nicht zu erwarten war. Daraus folgt aber, daß der Rückgang der Sauenzulassungen

¹⁾ Der Ferkelbestand wurde auf den Bestand an trächtigen Tieren im Quartal vorher bezogen.

relativ noch stärker gewesen sein muß, als die obigen Angaben vermuten lassen. Auch der hohe Ferkelzugang je trächtige Sau kann dadurch teilweise erklärt werden. (Zum Teil war das große Marktangebot allerdings auch auf einen rascheren Umtrieb zurückzuführen, zumal da das durchschnittliche Lebendgewicht der in Wien-St. Marx aufgetriebenen Schweine im März und April 1953 um 3% und 6% und im Mai und Juni um 5% und 3% niedriger war als in den gleichen Monaten des Vorjahres.)

Durch die verringerten Sauenzulassungen wird der Ferkelbestand im September voraussichtlich bis auf den Vorjahresstand und in der Folge darunter sinken. Bei den Jungschweine- und Schlachtschweinebeständen wird sich der rückläufige Trend erst später auswirken, und zwar bei den Jungschweinen wahrscheinlich im Dezember 1953 und bei den gewerblichen Schweineschlachtungen im Sommer 1954. Bei gleichbleibender Nachfrage nach Fleisch ist daher mit einer grundlegenden Änderung der Marktlage erst ab Mitte 1954 zu rechnen, abgesehen von der vorübergehend stets festen Preistendenz im Sommer und Frühherbst, wenn die Nachfrage nach Schweinefleisch saisonmäßig wächst und das Angebot abnimmt. Setzt man allerdings die staatlichen Interventionskäufe und die Exporte von Vieh und Fleisch¹⁾ fort oder intensiviert man sie noch und (oder) wächst die inländische Nachfrage infolge steigender Verbrauchereinkommen, so ist im kommenden Jahr ein ähnlicher Preiseinbruch bei Schlachtschweinen wie im 1. Halbjahr 1953 nicht zu erwarten. Im übrigen wird die Höhe der Sauenzulassungen in diesem Herbst und damit die Intensität des Schweinezyklus sowie der Umfang des Marktangebotes im Sommer und Herbst 1954 weitgehend von der Rentabilität der Schweinemast in den nächsten Monaten abhängen.

Im Juli hat sich die *Rentabilität der Schweinemast* infolge steigender Schweinepreise sprunghaft erhöht. So stieg der Ertragsindex für die Marktproduktion von Schweinen (Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Mais) von 6'6 im Juni – dem tiefsten Stand seit Jahrzehnten – wieder auf 8'2. Da der Schweinepreis in der ersten Augustwoche bis auf den amtlichen Höchstpreis stieg, erhöhte sich der Ertragsindex sogar auf 9'5. Sollten sich die Schweinepreise auf diesem höheren Niveau nunmehr stabilisieren, so darf man erwarten, daß die Landwirte bald wieder mehr Sauen belegen lassen werden. In diesem Falle würde

¹⁾ Der Wert der Ausfuhr von lebenden Tieren und von Fleisch und Fleischwaren stieg von 0'6 Mill. S im März auf 1'3 Mill. S im April, 5'4 Mill. S im Mai und 8'3 Mill. S im Juni 1953.

sich das Marktangebot nur vorübergehend im nächsten Sommer und Herbst verringern und nachher wieder zunehmen. Dies wäre auch gesamtwirtschaftlich günstig und läge im Interesse einer geregelten Fleischversorgung.

Ertragsindex der Schweinemast¹⁾

Zeit	Effektive Schweinefleisch ²⁾	Großhandelspreise für Inlands- und Auslands- maismais		Ertragsindex ³⁾
		S je 100 kg		
1952 V.	1.950'—	250'—	146'23	9'2
VI.	1.900'—	237'50	146'23	9'5
VII.	1.900'—	237'50	179'14	8'9
1953 V.	1.350'—	187'50	179'54	7'3
VI.	1.300'—	200'—	188'94	6'6
VII.	1.600'—	200'—	188'94	8'2

¹⁾ Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Mais. — ²⁾ Schweinehälften, I. Qualität, Wien-Großmarkthalle. — ³⁾ Bei Fütterung von 60% Inlandsmais und 40% Auslandsmais.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die stagnierende Industrieproduktion hielt auch die Nachfrage nach Kohle und elektrischer Energie im 1. Halbjahr 1953 auf dem vom Konjunkturrückschlag des Vorjahres gesenkten Niveau. Selbst das Anlaufen verschiedener energieintensiver Industriezweige im Frühjahr (Baustoffindustrie) und die verhältnismäßig lange Zeitspanne zwischen Wechselkursänderung und Kohlenpreissteigerung beeinflussten die Nachfrage kaum.

Der gesamte Kohlenbezug der österreichischen Wirtschaft war im 1. Halbjahr mit 3'2 Mill. t (SKB) um 18% (0'7 Mill. t) geringer als im 1. Halbjahr 1952. Trotz starker Einschränkung der Kohlenimporte von 2'6 Mill. t auf 1'9 Mill. t (um 27%) konnte der inländische Bergbau seine Förderung von 1'4 Mill. t nur knapp aufrecht erhalten und kämpft – die Kapazität hat weiter zugenommen – mit wachsenden Absatzschwierigkeiten.

Die Kohlenimporte verlagern ihr Schwergewicht immer mehr auf Steinkohlen. Ihre Einfuhr im 1. Halbjahr ist zwar auch um 28% zurückgegangen, ihr Anteil an der gesamten Kohleneinfuhr aber in den letzten Monaten stark gestiegen, weil man die Braunkohlenimporte weiter einschränkte, um die Konkurrenzverhältnisse für die Inlandskohle zu bessern.

Die Einschränkung der Steinkohleneinfuhr gegenüber dem 1. Halbjahr 1952 betraf hauptsächlich die Importe aus Polen, der ČSR und den USA, während aus Westdeutschland und dem Saargebiet sogar mehr Kohle geliefert wurde. Die Braunkohlenimporte wurden aus allen Lieferländern, ausgenommen Ostdeutschland, reduziert. Koks wird nur mehr aus Westdeutschland und in geringen Mengen aus

Belgien eingeführt. Die ČSR ist als Lieferant ausgefallen.

Alle Verbrauchergruppen, ausgenommen die Gaswerke, bezogen im 1. Halbjahr 1953 weniger Kohle als zur gleichen Vorjahreszeit, und zwar der Verkehr um 33%, die Kraftwerke um 27%, die Industrie um 10%, die Kokerei Linz um 25% und die Hausbrandbezieher (einschließlich des Kleingewerbes) um 16%.

Die Stromerzeugung der Kraftwerke war im 1. Halbjahr d. J. durch die zeitweise unterdurchschnittliche Wasserführung der Flüsse beeinträchtigt. Die Gesamterzeugung war mit 3.188 Mill. kWh zwar um 162 Mill. kWh (5,4%) höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, aber von dieser Mehrerzeugung entfielen auf die kalorische Stromerzeugung 95 Mill. kWh und nur 67 Mill. kWh auf die Wasserkraftwerke.

Die Einfuhr elektrischer Energie war mit 52 Mill. kWh nur um 8 Mill. kWh höher als im 1. Halbjahr 1952, während der Stromexport mit 554 Mill. kWh um 83 Mill. kWh (18%) größer war.

Die ungünstige Entwicklung der Industrieproduktion beeinträchtigte den Stromverbrauch. Die vom öffentlichen Netz gelieferte Strommenge war im 1. Halbjahr 1953 nur um 3,3% (85 Mill. kWh) größer als im Vorjahr. Schaltet man den Verbrauch der Aluminiumhütte Ranshofen aus, so ist die Verbrauchssteigerung mit 2,8% sogar noch geringer, als man bisher als Zuwachsrate bei konstanter Industrieproduktion annahm.

Auch die Eigenanlagen der Industrie, sowohl die Wasser- als auch die Dampfkraftwerke, erzeugten nur geringfügig mehr elektrische Energie als ein Jahr vorher. Die Wasserkraftwerke der Österreichischen Bundesbahnen dagegen steigerten in den ersten fünf Monaten 1953 ihre Erzeugung um 21 Mill. kWh von 140 Mill. kWh auf 161 Mill. kWh, weil der Strombedarf der Bahnen nach der Elektrifizierung der Westbahnstrecke bis Wien zugenommen hat.

Aus der Gesamterzeugung aller österreichischen Kraftwerke (öffentliche Kraftwerke, Eigenanlagen der Industrie und Bahnkraftwerke) standen der österreichischen Wirtschaft (abzüglich Export und einschließlich Import) von Jänner bis Mai 2.958 Mill. kWh Strom zur Verfügung, das sind um 94 Mill. kWh oder 3,3% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Anteil der kalorisch erzeugten Energie an der gesamten Erzeugung stieg wegen der teilweise ungünstigeren Wasserführung von 26,2% auf 27,9%. Der Anteil der zur Stromerzeugung verwendeten Auslandskohle am gesamten Brennstoffbedarf, der

schon seit einigen Jahren ständig verringert wird, ist weiter zurückgegangen.

Auch auf dem Erdölsektor hat sich die Nachfrage im 1. Halbjahr 1953 von dem Rückschlag infolge der Erhöhung der Mineralölpreise in der ersten Hälfte des Vorjahres noch nicht erholt. Trotz starker Zunahme der Motorisierung blieb der Treibstoffverbrauch – besonders der von Benzin – hinter dem der gleichen Vorjahreszeit zurück. Auch der Heizölabsatz war trotz Zurücknahme der Preiserhöhung vom Herbst 1952 und Verbesserung der Rentabilität von Heizölfeuerungen zufolge der Kohlenpreiserhöhung um 22% geringer.

Im Juni hat sich an der seit Monaten vorherrschenden Versorgungslage nichts geändert. Kohle, Strom und Erdölprodukte standen reichlich zur Verfügung, die Nachfrage beschränkte sich weiterhin nur auf den dringendsten laufenden Bedarf. Der für den Inlandsbergbau wichtigste Großverbraucher, die Dampfkraftwerke, hat bis zum Frühjahr seine Lager gelichtet und bestellt vorerst nur zögernd. Während Ende Juni 1952 287.861 t Kohle (SKB) und 4.673 t Heizöl bei den Kraftwerken vorrätig waren, waren es heuer zur gleichen Zeit nur 189.045 t und 2.439 t. Auch die Kauflust der übrigen Verbraucher wurde durch die von den Gruben für Käufe in den Sommermonaten gewährten Sonderrabatte kaum verstärkt.

Trotz der nicht besonders günstigen Absatzlage war der saisonbedingte Rückgang im inländischen Braunkohlenbergbau im II. Quartal schwächer als saisonüblich.

Die Kohleneinfuhr blieb im Juni mit 318.707 t (SKB) auf dem niedrigen Vormonatsniveau, so daß zusammen mit der geringfügig höheren Lieferung des heimischen Bergbaues für die österreichischen Verbraucher 526.094 t Kohle (SKB) verfügbar waren, eine Menge, die annähernd der durchschnittlichen Belieferung des 1. Halbjahres entspricht.

Die Stromerzeugung in den öffentlichen Kraftwerken erreichte im Juni mit 627 Mill. kWh saisonbedingt den höchsten Stand dieses Jahres und war um 8,6% größer als im gleichen Monat des Vorjahres. Entsprechend der saisonmäßig günstigen Wasserführung mußten nur 5% der Gesamterzeugung (32 Mill. kWh) in Dampfkraftwerken erzeugt werden. Der Stromexport erreichte mit 185 Mill. kWh (29,6% der Gesamterzeugung) den bisher höchsten Wert, während der Verbrauch aus dem öffentlichen Netz mit 439 Mill. kWh um 6,6% größer war als im Juni 1952.

Am 15. Juni 1953 wurde das Kamptalkraftwerk Dobra-Krumau mit einer Leistung von 16.500 kW in Probetrieb genommen. Der im Frühjahr aus-

gefallene zweite 45.000-KW-Generator des Speicherwerkes Kaprun wurde repariert und konnte in der zweiten Junihälfte wieder eingeschaltet werden.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Erzeugung hat sich zwar im 1. Halbjahr 1953 — nach dem Konjunkturrückschlag des Vorjahres — in den meisten Branchen wieder stabilisiert und nahm teilweise sogar zu; das Produktionsniveau ist aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch immer niedriger als vor Eintritt der Konjunkturschwäche. Erst gegen Ende des 1. Halbjahres hat sich die Produktion dank der konjunkturbelebenden Wirkung der Wechselkursangleichung, zumindest in den davon am meisten begünstigten Zweigen, belebt und in der eisenschaffenden und der Papierindustrie neue Rekordziffern erreicht.

In den meisten übrigen Branchen der Industrie sind ähnliche rasche Erfolge aber kaum zu erwarten, weil, abgesehen von ungünstigeren Exportbedingungen, aus technischen Gründen meist ein größerer *time lag* zwischen Auftragseingang und Lieferung besteht. Außerdem sind z. B. in wichtigen Zweigen der Exportindustrie (Elektroindustrie, Maschinenindustrie) die Auslandsaufträge in den ersten Monaten dieses Jahres noch zurückgegangen. Dieser Rückschlag muß erst aufgeholt werden, ehe eine stärkere Ausweitung des Geschäftes erwartet werden kann.

Eine Ausweitung des industriellen Exportes kann daher in erster Linie nur von den schon bisher im Auslandsgeschäft versierten Firmen erwartet werden, so daß einer stärkeren Belebung der Binnenkonjunktur durch den Export allein verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt sind. Was aber die inländische Nachfrage betrifft, so hat sowohl die nach Investitions- als auch nach Konsumgütern bisher keinen neuen Auftrieb erhalten.

Im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1953 wurden um 8,4% weniger Investitionsgüter und um 3,6% weniger Konsumgüter erzeugt als zur gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl damals bei den Konsumgütern schon der scharfe Konjunkturrückschlag eingesetzt hatte.

Die Erzeugung von Konsumgütern war sogar um 4,2% geringer als vor zwei Jahren, während dank der noch immer günstigen Entwicklung von Bergbau, eisenschaffender, Metallhütten-, Magnesit- und Fahrzeugindustrie — trotz starken Rückschlägen in der Maschinen-, Elektro- und teilweise der Baustoffindustrie — um 5,2% mehr Investitionsgüter erzeugt wurden als damals.

Im Monat Mai, für den nunmehr fast vollständige Ergebnisse der neuen amtlichen Produktionsstatistik vorliegen, ging der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Index der Industrieproduktion zwar um 4,1% zurück; berücksichtigt man aber die wegen der Feiertage geringere Zahl von Arbeitstagen, so nahm die arbeitstägige Erzeugung sogar um 7,5% zu. Da diese Belebung stärker war, als saisongemäß zu erwarten gewesen wäre, stieg auch der saisonbereinigte Index um 1,7%.

Die günstige Entwicklung im Mai war in erster Linie Produktionssteigerungen in den Grundstoffindustrien und saisonbedingt starken Steigerungen in der Metall- und Baustoffindustrie zu danken. Dementsprechend stieg auch der Index dauerhafter Güter im Mai um 10,3%, während die Konsumgütererzeugung nur um 3,6% zunahm.

Nach den bisher vorliegenden Daten aber dürfte die arbeitstägige Erzeugung im Juni wieder zurückgegangen sein. Es läßt sich allerdings noch nicht feststellen, ob diese Bewegung stärker oder schwächer war, als man auf Grund des normalen Saisonverlaufes (hauptsächlich wegen der im Juni beginnenden Urlaubssaison geht die arbeitstägige Industrieproduktion normalerweise im Juni um rund 1,2% zurück) annehmen könnte.

Der Konjunkturtest des Institutes läßt im Juni erstmals seit dem Vorjahr in einigen wichtigen Industriezweigen eine Änderung der Lagertendenz erkennen. Während bisher die Lagerbestände an Fertigwaren fast überall zu groß waren und weiter vergrößert wurden, damit nicht die Produktion eingeschränkt werden brauchte, konnten sie im Juni erstmals wieder verringert werden. Allerdings ist zu erwarten, daß auch eine lebhaftere Nachfrage eine Zeitlang aus den Lagerbeständen gedeckt werden kann und daher erst später auf die Produktion zurückwirken wird.

Die arbeitstägige Förderung im Bergbau ging im Juni saisonbedingt um 2,0% zurück, war aber im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1953 um 3,7% höher als im Vorjahr. Die Steigerung betraf alle Sparten, ausgenommen den Graphit-, Kaolin-, Schwerspat- und Ölschieferbergbau, die ihre Förderung aus Absatzmangel einschränken mußten. Die Magnesitindustrie konnte wegen der anhaltend günstigen Auslandsnachfrage die Produktion im 1. Halbjahr um 10% steigern.

Auch die eisenschaffende Industrie überbot in der gleichen Zeit die Vorjahresleistung um 0,5%. Die internationale Marktlage auf dem Eisen- und Stahlsektor hat sich in der letzten Zeit wieder gefestigt. Seit der Eröffnung des gemeinsamen Eisen- und Stahl-

marktes der Montan-Union-Länder gingen erstmals stärkere Bestellungen ein, weil viele Verbraucher vorher, wegen der Ungewißheit über die zu erwartenden Preis- und Lieferbedingungen, mit Bestellungen zurückgehalten hatten.

Die veränderte Marktlage hat auch die österreichische Stahlindustrie bei ihren Abschlüssen begünstigt. Den VÖEST ist es gelungen, ihren Auftragsbestand für Lieferungen nach England im Jahre 1953 von 300.000 auf 440.000 t (Roheisen und Stahl) zu erhöhen. Ähnliche Großaufträge wurden auch für das kommende Jahr zugesichert. Allein mit diesem Auftrag können 50% der Exportkapazität der Linzer Hütte ausgenutzt werden.

Auf dem Inlandsmarkt dagegen ist die Nachfrage nach Walzwaren beträchtlich schwächer geworden. Von Jänner bis Mai gingen Bestellungen von Inlandskunden auf insgesamt 147.907 t Kommerzwalzwaren ein, während von den Werken gleichzeitig 139.740 t ausgeliefert wurden. In der gleichen Zeit des Vorjahres gingen Aufträge auf 161.103 t ein und wurden 127.019 t geliefert. Obwohl um über 8.000 t mehr Aufträge eingingen, als gleichzeitig ausgeliefert wurden, ging der Stand inländischer Aufträge von Anfang Jänner bis Anfang Juni 1953 von 276.429 t auf 228.486 t zurück, weil Aufträge auf rund 56.000 t (ein Fünftel des Auftragsbestandes) storniert wurden. Der derzeitige Auftragsbestand ist der niedrigste seit April 1951.

Die Auslandsnachfrage nach Edelstahl hat sich noch nicht stärker belebt. Nur der verminderten Erzeugung ist es zu danken, daß in der letzten Zeit keine Engpässe bei der Versorgung mit Ferrolegierungen mehr aufgetreten sind. Die Nickelzuteilungen durch die IMC reichen hingegen noch immer nicht aus.

Der Index der *Metallhütten* hat im Mai mit 724,5% von 1937 einen neuen Rekordstand erreicht und war um 31,7% höher als im Mai 1952. Durch die reichliche Stromzuteilung konnte die Aluminiumproduktion auf 5.870 t, das ist weit mehr als eine Vorkriegs-Jahresproduktion, gesteigert werden. Die Kursangleichung hat den Export erleichtert und gesteigert, nachdem er bereits recht schwierig geworden war. Im Mai wirkte sich die Fertigstellung der neuen Kupferelektrolyse in Brixlegg erstmals voll auf die Produktion aus. Es wurden 1.046 t Elektrolytkupfer erzeugt; das entspricht fast der doppelten bisherigen Produktion.

Die Buntmetallhalbzeugindustrie, die im Vorjahr einen besonders schweren Konjunkturrückschlag erlitt, hat den Tiefpunkt überwunden und zeichnet steigende Auftragseingänge. Allerdings han-

delt es sich zumeist nur um kleine Aufträge für den laufenden Bedarf der Verarbeiter, die offenbar vorläufig noch nicht daran denken, ihre gelichteten Lager wieder aufzufüllen.

Infolge größerer Auftragseingänge konnte auch die Erzeugung von Zinkblechen, die vor einigen Monaten eingestellt werden mußte, wieder aufgenommen werden.

Die *Gießereiindustrie* ist unverändert schlecht beschäftigt. Während im Vorjahr die Produktion trotz sinkenden Auftragseingängen durch hohe Auftragsbestände gestützt wurde, sind diese nun vollständig aufgearbeitet. Vorläufig ist auch noch keine stärkere Belebung der Nachfrage zu erwarten, weil der wichtigste Gußverbraucher, die Maschinenindustrie, gegenwärtig ebenfalls sinkende Auftragseingänge verzeichnet und daher kaum mehr als bisher bestellen wird. Die ungünstige Beschäftigungslage hat die Konkurrenz sehr verschärft und zu Preissenkungen geführt.

Die arbeitstägige Produktion in der *Fahrzeugindustrie* stieg im Mai weiter um 7,7%. Wegen der geringen Zahl von Arbeitstagen war der Ausstoß in Stück in allen Sparten geringer als in den Vormonaten.

Die Kapazität der *Maschinenindustrie* könnte in den letzten Monaten bei weitem nicht ausgenutzt werden. Die Kursangleichung hat zwar die Geschäftsaussichten der wenigen am Export beteiligten Firmen etwas gebessert, der Anteil des Exports an der Gesamtproduktion ist jedoch zu gering, als daß er sich stärker auf die Beschäftigungslage auswirkte. Die seit dem zweiten Halbjahr des Vorjahres sinkenden Auftragseingänge drücken seit dem heurigen Frühjahr stärker auf die Produktion. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1953 war der Gesamtindex der Maschinenindustrie um 16,2% niedriger als zur gleichen Vorjahreszeit und sogar um 3,6% niedriger als im Jahre 1951. Die Entwicklung in den einzelnen Sparten ist aber sehr uneinheitlich. Während manche ihre frühere Produktion noch immer aufrechterhalten und teilweise sogar steigern können, haben andere starke Rückschläge erlitten. Die Landmaschinenerzeugung z. B. betrug im April und Mai nur knapp mehr als die Hälfte der vorjährigen.

Auch in der *Eisenwaren- und Metallwarenindustrie* war die Entwicklung in den letzten Monaten von Branche zu Branche sehr verschieden. Einige Sparten melden saisonbedingte Belebungen der Nachfrage, während sich andere aus der Stagnation des letzten Halbjahres noch nicht befreien konnten und teilweise weitere Rückschläge erlitten. Die Kursangleichung bietet in diesem Industriezweige nur verhält-

nismäßig wenig Firmen bessere Exportchancen, da die Exporte zumeist im Kopplungsverkehr abgewickelt wurden. Die Eisenpreiserhöhung dürfte überdies die entstandenen Vorteile wieder, wenigstens zum Teil, kompensiert haben.

Die Produktion der *Elektroindustrie* blieb in den ersten fünf Monaten dieses Jahres weiter unter jener der beiden Vorjahre. In den letzten Monaten hatte neben den Konsumgüter erzeugenden Branchen auch die Schwerelektroindustrie einen schwächeren Geschäftsgang. Dies dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Großprojekte des Energieausbaues zum größten Teil abgeschlossen sind und vorläufig noch keine größeren neuen Arbeiten begonnen wurden. Gleichzeitig gelang es allerdings die Exportgeschäfte zu intensivieren und dadurch den Geschäftsrückgang abzuschwächen. Viel ungünstiger ist die Lage in der Schwachstromindustrie. Die Telefonindustrie erzeugt trotz den mit Hilfe des Schweizer Postkredits finanzierten Aufträgen viel weniger als noch vor einem Jahr. Auch die Radioindustrie ist trotz einer leichten Geschäftsbelegung im Frühjahr stark unterbeschäftigt. Man glaubt, daß die geringe Nachfrage auf die Ankündigung von Ultrakurzwellen-Sendungen zurückzuführen sei, die mit den bisher erzeugten Geräten nicht empfangen werden könnten. Die Glühlampenindustrie, die im Export Rückschläge erlitten hat (Kopplungsgeschäfte), versuchte durch eine Preissenkung die Inlandsnachfrage wieder zu beleben. Bisher blieb der Absatz aber auf dem niedrigen Niveau der letzten Monate.

Die Nachfrage nach Elektro-Haushaltgeräten hat ebenfalls nachgelassen. Die Produktionskapazität dieses Zweiges geht weit über die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes hinaus. Abschreckend für die Käufer wirken dabei weniger die Preise für die Geräte selbst, als vielmehr die von den Stromlieferungsunternehmen verlangten hohen Anschlußbeiträge¹⁾. Exportbemühungen haben Anfangserfolge gebracht; wegen der hohen Frachtkosten ist aber eine Ausfuhr nur in die Nachbarländer möglich.

Die *Baustoffindustrie* erzeugte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 13% weniger als im Vorjahr. Während sich der Absatz der Zementindustrie nach dem Rückschlag vom Spätherbst stark belebte und die Erzeugung in den Monaten April und Mai sogar neue Rekordhöhen erreichte, blieb die Nachfrage nach Ziegeln beträchtlich hinter der vom Vor-

jahre zurück. Nur in den Zentren der Bautätigkeit, vor allem in Wien, wurde mehr abgesetzt. Viele Provinzwerke mußten daher schon Mitte des Jahres die Erzeugung einschränken. Einige Betriebe wurden sogar stillgelegt. Von Jänner bis Mai 1953 wurden um 26,2% weniger Mauer- und um 39,6% weniger Dachziegel erzeugt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Kalkindustrie meldet heuer einen abnormal starken Rückgang des Absatzes. In den übrigen Zweigen der Baustoffindustrie war die Marktlage uneinheitlich, zumeist aber schlechter als im Vorjahr.

Die *Hohlglasindustrie*, die ihre bedeutende Überkapazität nur durch Exporte ausnutzen kann, ist durch die Kursangleichung in Schwierigkeiten geraten, da sie früher durch Kopplungsgeschäfte wesentlich höhere Verkaufserlöse erzielen konnte. Auf den Exportmärkten herrscht eine sehr starke Konkurrenz, vor allem von Seiten der Oststaaten. Da die österreichischen Firmen ihre Preise nicht erhöhen können, reichen die jetzt erzielbaren Verkaufserlöse vielfach nicht aus, die Erzeugungskosten zu decken. Die Exporte sind daher zurückgegangen und zwei kleinere Hütten haben die Erzeugung eingestellt.

Auch die Flachglasindustrie kann mit der Inlandsnachfrage nur 50% ihrer Kapazität ausnutzen. Durch Exporte zu gedrückten Preisen konnte der Beschäftigtenstand bisher gehalten werden.

Glaskurzwaren und Glasbijouteriewaren finden nach wie vor aufnahmefähige Exportmärkte. Der Inlandsabsatz dieser Waren ist unbedeutend.

Die *holzverarbeitende* Industrie wurde durch den Wegfall der Kopplungsgeschäfte ebenfalls schwer getroffen. Da auch auf dem Inlandsmarkt die Nachfrage unverändert schwach blieb, ging die Kapazitätsausnutzung in den meisten Zweigen zurück.

In der *chemischen* Industrie hielt der leichte Aufschwung der Produktion in den meisten Sparten an. In den Monaten März bis Mai war der Index der Chemieproduktion bereits um 5,8% höher als im Vorjahr, allerdings noch immer niedriger als im Jahre 1951. Durch Aufnahme neuer Erzeugungen konnte in der letzten Zeit der Importbedarf an chemischen Produkten immer stärker gesenkt werden. Unter anderem wird die Kunststoffherzeugung ständig ausgebaut. Im II. Quartal nahm ein Betrieb die Erzeugung von Polyvinylchlorid auf.

Die *Papierindustrie* konnte im Mai und Juni ihre Erzeugung weiter steigern und mit 119,0% von 1937 einen neuen Höchststand erreichen. Der seit Jänner anhaltende Exportrückgang konnte im März gestoppt werden. Seither haben die Ausfuhren stark zugenommen. Im Durchschnitt des I. Halbjahres 1953

¹⁾ Für Geräte mit höherem Anschlußwert (Elektroherde, Heißwasserspeicher usw.) reichen die vorhandenen Leitungsquerschnitte zumeist nicht aus. Die Stromlieferungsunternehmen decken die Kosten neuer, ausreichender Leitungen durch Anschlußbeiträge der Abnehmer.

war die Produktion der Papierindustrie um 3,8% und 2,5% größer als in der gleichen Zeit der Jahre 1952 und 1951. Es wurden um 7,1% mehr Holzschliff, um 3,5% mehr Zellulose und um 5,2% mehr Papier erzeugt als im Vorjahr, wogegen die Pappeproduktion noch um 10,3% geringer war.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres mußte die Papierindustrie wegen Bringungsschwierigkeiten einen Teil ihres Holzbedarfes aus Lagerbeständen decken. Im Mai und Juni wurde aber schon wieder mehr Holz angeliefert als verbraucht.

Die *papierverarbeitende* Industrie hatte im II. Quartal 1953 im großen und ganzen ein stabiles Geschäft. Saisonbedingten Belebungen in einigen Branchen standen ebenso saisonbedingte Abschwächungen in anderen gegenüber. Die Lagerbestände bei den Erzeugern haben allerdings fast durchwegs noch zugenommen und sind teilweise ungewöhnlich groß.

Die kräftige Belegung der Produktion in der *Leder- und Schuhindustrie* hat bis Mai angehalten. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate war der Produktionsindex um 14,3% und 1,9% höher als in den beiden letzten Jahren. Die Fortschritte beschränken sich allerdings fast ausschließlich auf die Schuhindustrie, die heuer in dem genannten Zeitraum 2,4 Mill. Paar Lederschuhe erzeugte gegen 2,0 Mill. Paar im Vorjahre. In der Ledererzeugung war die Entwicklung nicht einheitlich. Während um 9,9% mehr Oberleder erzeugt wurde, ging die Sohlenlederzeugung, nicht zuletzt wegen der immer stärkeren Verwendung von Gummisohlen in der Schuhindustrie, um 6,3% zurück.

Die *Ledertreibriemen- und technische Lederartikelindustrie* wird immer mehr durch die zunehmende Verwendung von Kunststoffriemen beeinträchtigt, und nützt seit längerem ihre Kapazität nur zum Teil aus.

In der *Textilindustrie* hat sich die Produktion seit Beginn dieses Jahres einigermaßen stabilisiert. Das Niveau ist allerdings bedeutend niedriger als im Jahre 1951, aber höher als zur Zeit des Konjunkturrückschlages, d. i. zwischen Februar und September des Vorjahres.

Soweit sie über Exportaufträge verfügen, arbeiten die Baumwollspinnereien und -webereien sowie die Kammgarn- und Verkaufstreichgarnspinnereien noch in zwei Schichten. Auch die Seidenwebereien, die Stickereiindustrie und die Cottonstrumpfwirker sind mit 90% und mehr ihrer Kapazität ausgelastet. Die übrigen Erzeugungssparten sind aber meist nur mit höchstens 60% ihrer Kapazität beschäftigt. In den Sommermonaten ist wegen der Urlaube und des

saisonbedingt schwächeren Geschäftsganges durchwegs mit einer weiteren Abnahme der Erzeugung zu rechnen.

In der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* hat sich die Produktion im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahre nicht verändert. Einige Branchen, wie z. B. die Teigwaren-, Süßwaren-, Marmeladen- und Mühlenindustrie, erzeugten wegen geringerer Nachfrage zwar weniger als im Vorjahre; dafür aber war die Entwicklung in anderen Branchen, vor allem der Brauindustrie, besonders günstig. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurde mit 1,8 Mill. hl Bier der höchste bisherige Ausstoß erreicht. In der gleichen Zeit des Vorjahres wurden bei ebenfalls günstigem Bierabsatz nur 1,6 Mill. hl erzeugt.

Umsätze

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der Geschäftsgang des Einzelhandels hat sich im Juni im allgemeinen saisonmäßig entwickelt. Nur weil der Juni um zwei Verkaufstage mehr hatte als der Vormonat und als der Juni 1952, nahmen die Umsätze nur um 3% (im Vorjahr 15%) ab und waren wertmäßig um 10%, mengenmäßig sogar um 13% höher als vor einem Jahr. Je Verkaufstag gerechnet, gingen die Umsätze im Juni um 11% (im Vorjahr um 8%) zurück und waren mengenmäßig nur um etwa 4% höher als vor einem Jahr. Faßt man, um die unterschiedliche Zahl der Verkaufstage und die Saisonverschiebungen auszuschalten, die Monate April bis Juni zusammen, so war das Umsatzvolumen im Durchschnitt um etwa 4% höher als vor einem Jahr (im I. Quartal um 6%). Leicht belebt gegenüber dem Vorjahr hat sich vor allem der Handel mit Lebensmitteln und Textilien, während die Mengenumsätze von Schuhen, Möbeln und Wohnbedarf abgenommen haben.

Veränderungen der mengenmäßigen Einzelhandelsumsätze¹⁾

	I. Quartal	II. Quartal	1. Halbjahr
	1953 in % von 1952		
Lebensmittel	+ 6,7	+ 5,1	+ 5,8
Tabak	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,0
Textilien	+14,6	+12,8	+13,6
Schuhe	+10,6	- 2,8	+ 2,2
Möbel und Wohnbedarf	- 6,7	- 4,3	- 5,4
Sonstiges	+11,9	+ 2,1	+ 6,5
Insgesamt	+ 5,8	+ 4,0	+ 4,9

¹⁾ Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Wegen des anhaltend schwachen Geschäftsganges sind die Bestellungen des Handels bei den vorgelagerten Stufen immer noch sehr zögernd. Die Auftragsingänge bei den Konsumgüterindustrien sind im

Juni überwiegend gleich geblieben oder gefallen. Nur die Bestellungen von Schulheften, Seife, Kinderschuh, Kleinlederwaren, Marmelade sind teils saisonbedingt, teils wegen erwarteter Preiserhöhungen meist gestiegen.

Die Umsatzentwicklung war branchenweise sehr verschieden. *Schuhe* wurden um 24% weniger gekauft als im Vormonat und um 6% (wertmäßig) bzw. 4% (mengenmäßig) weniger als im Juni 1952. Der überdurchschnittlich schwache Geschäftsgang im Schuhhandel war zum Teil auf das ungünstige Wetter zurückzuführen, das die Käufe von Sommerware stark beeinträchtigte, zum Teil aber auch darauf, daß der Schuhabsatz in früheren Monaten relativ günstig war. Die Umsätze von *Textilien* nahmen dagegen nur um 9% ab und waren mengenmäßig um etwa 28% höher als im Vorjahr. Entgegen den Saison-erwartungen haben die Käufe von *Möbeln und Wohnbedarf* um 6% zugenommen, das Umsatzvolumen wurde um 7% übertroffen. Je Verkaufstag allerdings haben die Umsätze gegenüber dem Vormonat um 3% abgenommen und waren mengenmäßig um 2% geringer als im Vorjahr. Auch *Tabakwaren* (+ 4%), *Parfumerie- und Drogeriewaren* (+ 3%), *Papierwaren* (+ 3%), *Lederwaren* (+ 4%) wurden mehr umgesetzt als im Vormonat. Die Umsätze von *Lebensmitteln* sanken um 2% und waren mengenmäßig um etwa 15% höher als vor einem Jahr.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* nahmen im Juni um 5% auf 369 Mill. S (einschließlich Bundeszuschlag) zu. Die Abweichung von der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im Mai (- 1%) ist offenbar teils auf den besseren Geschäftsgang in anderen Wirtschaftszweigen, teils auf Nachzahlungen zurückzuführen.

Die Einnahmen aus *Verbrauchssteuern* stiegen um 12% auf 180 Mill. S und waren um 5% höher als im Vorjahr. Der Zuwachs entfällt hauptsächlich auf die Mehreingänge an Bier- und Mineralölsteuer.

Der Zugang zum Handel im 1. Halbjahr 1953

Die Gewerberechtsnovelle 1952, die am 1. Jänner 1953 in Kraft trat, hat den Zugang zum Gewerbe sehr erleichtert. Zwar wurde der Befähigungsnachweis insbesondere für Handelsgewerbe verschärft, indem die vorgeschriebenen Beschäftigungszeiten von 5 auf 7 Jahre (großer Befähigungsnachweis) bzw. von 3 auf 4 Jahre (kleiner Befähigungsnachweis) erhöht wurden. Gleichzeitig ist aber die Prüfung des Lokalbedarfes und der Wettbewerbsverhältnisse auf Grund des 1934 eingeführten Untersagungsgesetzes grundsätzlich abgeschafft worden. Somit kann nun jeder,

der die erforderliche Befähigung nachweist, eine Gewerbeberechtigung erlangen.

Obwohl man zum Schutze der bestehenden Unternehmen für das Jahr 1953 verschärfende Übergangsmaßnahmen eingeführt hatte (die zum Nachweis der Befähigung erforderlichen Beschäftigungszeiten wurden allgemein um ein Jahr erhöht, bei juristischen Personen und sonstigen größeren Betrieben wurde die Bedarfsprüfung nach dem Untersagungsgesetz beibehalten), erwartete insbesondere der Handel einen stärkeren Zustrom, da hier der Kapitalbedarf für eine Geschäftsgründung relativ gering ist.

Die für das 1. Halbjahr vorliegenden Ergebnisse für Wien¹⁾ deuten allerdings darauf hin, daß die Auswirkungen der neuen Gewerbeordnung überschätzt wurden. Die Zahl der bei der Sektion Handel der Wiener Handelskammer erfaßten Neubewerbungen um Handelsberechtigungen war zwar im 1. Halbjahr 1953 um 95%, die der Anträge auf Errichtung von Filialbetrieben um 42% und auf Erweiterung bestehender Berechtigungen um 10% höher als in der gleichen Zeit 1952. Die positiven Erledigungen (wenn der Befähigungsnachweis erbracht oder dem Ansuchen um Dispens stattgegeben wurde) nahmen bei den Neubewerbungen sogar um 159% und bei den Erweiterungen um 80% zu. (Die positiven Begutachtungen der Anträge auf Errichtung von Filialbetrieben verminderten sich dagegen um 46%.)

Dieser starke Zuwachs ist aber zum Teil darauf zurückzuführen, daß alle Anträge, die im Jahre 1952 eingebracht, aber von der Gewerbebehörde noch nicht erledigt wurden, Anfang 1953 der Sektion Handel zur neuerlichen Begutachtung nach der Gewerberechtsnovelle vorgelegt wurden. Abgesehen von der Saisonbewegung war daher auch aus diesem Grunde die Zahl der Anträge in den ersten Monaten des Jahres besonders hoch. Außerdem enthält diese Statistik, obwohl die verschiedenen Waren zu sehr großen Branchengruppen zusammengefaßt wurden, immer noch Doppelzählungen. Da die gewerbeberechtigten Erleichterungen und die unsichere Konjunkturlage die Neigung der Unternehmer, mit verschiedenen Waren zu handeln, verstärkt haben, sind die Doppelzählungen heuer häufiger als im Vorjahr. Überdies kommen sie vor allem in Branchen vor, deren Gewicht sich gegenüber dem Vorjahr erhöht hat. So wurden die Ansuchen um Gewerbe-scheine für den Lebensmitteleinzelhandel, die überdurchschnittlich zugenommen haben, heuer vielfach auf Haushaltartikel (Waschpulver, Seife u. ä.) ausgedehnt und daher doppelt gezählt. Auch die Doppelzählungen, die durch die Aufgliederung der Statistik in Groß- und Einzelhandel entstehen, dürften heuer häufiger sein.

¹⁾ Für das Bundesgebiet liegen keine mit dem Vorjahr vergleichbaren Angaben vor. Da jedoch auf Wien fast 40% der gesamten Handelsberechtigungen entfallen, kann die Entwicklung in Wien als ziemlich repräsentativ angesehen werden.

Anträge, Anmeldungen und Löschungen im Wiener Handel

	1952	1. Halbjahr	
		1953	1953 in % von 1952
Neubewerbungen ¹⁾ :	Anträge	1.549	3.013 194'5
	Positive Erledigungen	716	1.853 258'8
Erweiterungen ¹⁾ :	Anträge	781	860 110'1
	Positive Erledigungen	336	605 180'1
Filialen ¹⁾ :	Anträge	101	143 141'6
	Positive Erledigungen	65	35 53'8
Geschäftsübernahmen ²⁾ :	Anträge	1.016	548 53'9
	Positive Erledigungen	849	431 50'8
Gewerbeanmeldungen ³⁾	1.725	1.712	99'2
Gewerberücklegungen ³⁾	2.076	3.835	184'7

¹⁾ Statistik der Sektion Handel der Wiener Handelskammer. — ²⁾ Angaben der Magistratsabteilung für Gewerbeswesen-Gewerberegister. — ³⁾ Neuanmeldungen und Geschäftsübernahmen.

Demgegenüber wurden bei der Wiener Gewerbebehörde (Gewerberegister) im 1. Halbjahr 1953 nur etwa gleich viel Handelsberechtigungen neu registriert wie vor einem Jahr. Diese Statistik enthält neben den Neuanmeldungen von Berechtigungen auch die Geschäftsübernahmen durch Rücklegung eines Gewerbescheines. Dagegen werden Erweiterungen bereits bestehender Berechtigungen sowie Anmeldungen von Filialbetrieben nicht gezählt, da in diesen Fällen keine neue Registernummer zugeteilt wird. Da jedoch die Geschäftsübernahmen seit der Aufhebung des Untersagungsgesetzes unrentabel geworden¹⁾ und daher stark zurückgegangen sind (nach der Statistik der Anträge und der positiven Erledigung der Wiener Handelssektion um 50%), muß trotz gleicher Gesamtzahl die Zahl der Neuanmeldungen etwas zugenommen haben. Außerdem ist die Zeitspanne zwischen Antrag und Registrierung einer Gewerbeberechtigung seit der Gewerberechtsnovelle größer geworden²⁾ (sie beträgt derzeit in der Regel 2 bis 3 Monate), so daß sich gegenüber dem Vorjahr eine zeitliche Verschiebung um mindestens einen Monat ergibt und der Vergleich daher hinkt.

Alle verfügbaren Statistiken mit den dazugehörigen Einschränkungen deuten somit darauf hin, daß nach der Aufhebung des Untersagungsgesetzes sowohl Neuanmeldungen als auch Erweiterungen von Handelsbetrieben zugenommen haben; in welchem Ausmaß, läßt sich zwar nicht genau feststellen, doch ist es keinesfalls sehr groß³⁾. Der Zustrom zum

¹⁾ Unter dem Untersagungsgesetz war die Übernahme eines Geschäftes, dessen früherer Inhaber seinen Gewerbeschein zurücklegte, oft die einzige Möglichkeit, sich als Selbständiger niederzulassen, da in diesem Falle der Betrieb aus Wettbewerbsgründen nicht untersagt werden konnte. Der ausscheidende Unternehmer verlangte daher für diese Übergabe eine entsprechende Ablöse.

²⁾ Hauptsächlich weil die Frist für die Begutachtung des Befähigungsnachweises durch die zuständigen Kammerorganisationen von 2 auf 6 Wochen verlängert wurde.

³⁾ Nach der Statistik der gewerberechtlichen Veränderungen war trotz Doppelzählungen in Niederösterreich die Zahl der Neuanmeldungen im Handel im 1. Halbjahr 1953 nur um 20%, die der Erweiterungen um 53% höher als vor einem Jahr.

Handel war geringer, als ursprünglich erwartet wurde, und bedeutend geringer als z. B. nach der Einführung der totalen Gewerbefreiheit in Westdeutschland im Jahre 1949. Ende 1952 bestanden in Wien 74.381 Handelsgewerbeberechtigungen (die Zahl der Unternehmer bzw. Betriebe war bedeutend geringer, da viele Unternehmer mehreren Gremien angehören). Im 1. Halbjahr 1953 wurden von der Wiener Handelssektion — einschließlich der Doppelzählungen und der neuerlich vorgelegten Anträge aus dem Vorjahr — insgesamt 2.493 Anträge auf Neuerrichtung oder Erweiterung von Handelsbetrieben (auch Filialen) positiv begutachtet. Der Bruttowachst beträgt somit rund 3%. Da jedoch die Zahl der zurückgelegten Handelsberechtigungen im 1. Halbjahr 1953 gegenüber dem Vorjahr um 85% zugenommen hat und größer war als die Neuanmeldungen; hat die Gesamtzahl der bestehenden Handelsberechtigungen sogar abgenommen. Dadurch muß allerdings nicht auch die Zahl der Betriebe zwangsläufig zurückgegangen sein, weil die Rücklegungen nur zum Teil „echt“ sind und vielfach darauf beruhen, daß ruhende Gewerbescheine auf Grund der Gewerbescheinrevision nunmehr gelöscht oder wegen der Altersversorgung zurückgelegt wurden. Demgegenüber ist in München durch die Einführung der Gewerbefreiheit die Zahl der Handelsbetriebe innerhalb von 2 Jahren um 65% gestiegen. Die Neuanmeldungen waren dort insbesondere in den ersten Monaten sehr hoch (sie betragen das Fünf- bis Achtfache vom Vorjahr) und ließen dann nach. Auch bei uns waren die Neubewerbungen in den ersten Monaten nach der Aufhebung des Untersagungsgesetzes verhältnismäßig groß, nahmen aber schon nach drei Monaten stark ab.

Der relativ geringe Zugang zum Handel dürfte vor allem darauf beruhen, daß das Untersagungsgesetz gerade in einer Periode wirtschaftlicher Stagnation aufgehoben wurde. Außerdem haben der Mangel an Eigenkapital und die Kreditrestriktion sowie die Knappheit an Geschäftslokalen und ihre hohen Preise die Errichtung neuer Handelsbetriebe sehr beschränkt. Nicht zuletzt hat aber auch die vielfach fehlende Unternehmerinitiative und die immer mehr zunehmende Neigung zu risikolosen Berufen bzw. zur Unselbständigkeit den Zustrom zum Unternehmerberuf gehemmt. Dennoch ist anzunehmen, daß unter sonst gleichen Bedingungen der Andrang zum Handel in einer Konjunkturphase größer gewesen wäre.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die übersaisonmäßige Belegung des Arbeitsmarktes, die im Juni einsetzte, hielt auch im Juli an.

Die Beschäftigung stieg im Juni um 15.200 (0·8%) auf 1,954.300 Personen. Der Beschäftigtenstand der Land- und Forstwirtschaft, der sich um 2.400 Personen erhöhte, bleibt nur noch um 1.000 Personen hinter dem des Vorjahres zurück. In der gewerblichen Wirtschaft (Bergbau, Industrie, Gewerbe und Handel) stieg die Zahl der Beschäftigten um 12.700; nur im Bergbau sank sie infolge Absatzschwierigkeiten vor allem der kleineren Kohlengruben leicht (um 300 Personen). Die Zahl der beschäftigten Frauen¹⁾ stieg erstmals (seit Februar 1952) um 2.700 Personen über den Vorjahresstand, eine Folge der besonders starken Einschränkungen in der Konsumgütererzeugung im Sommer 1952 und der Erholung seither. Doch werden noch immer um 15.300 Frauen weniger beschäftigt als im Juni 1951.

Im Juli stieg die Zahl der Beschäftigten um 11.200 Personen (0·6%) auf 1,965.400²⁾. Tirol und Vorarlberg haben den Beschäftigtenstand des Vorjahres überschritten (um 3.200 bzw. 800 Personen), wozu die heuer besonders gute Fremdenverkehrsaison wesentlich beigetragen hat; in der Steiermark liegt er geringfügig (um 800 Personen) darunter. Die Differenz der Gesamtbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr beträgt nur noch 14.900.

Die Arbeitslosigkeit sank übersaisonmäßig im Juni um 13.639 Personen (8·7%) auf 143.114 und im Juli um weitere 8.829 (6·2%) auf 134.285³⁾. Die Abnahme im Juli war nicht nur stärker als in den Jahren 1950 und 1952, sondern übertraf diesmal sogar die des Jahres 1951.

Die Arbeitslosigkeit sank im Juni in allen Berufsklassen, mit Ausnahme der Bergarbeiter und (saisonbedingt) der Bekleidungsarbeiter⁴⁾. Bei den

Rückgang des Standes an vorgemerkten Arbeit-suchenden

Monat	1950		1951		1952		1953	
	Per-sonen	im Verh. zur Mai-abnahme %	Per-sonen	im Verh. zur Mai-abnahme %	Per-sonen	im Verh. zur Mai-abnahme %	Per-sonen	im Verh. zur Mai-abnahme %
Mai	18.788	100·0	21.202	100·0	22.912	100·0	20.586	100·0
Juni	10.127	53·9	17.212	81·2	5.523	24·1	13.639	66·3
Juli	3.913	20·8	6.574	31·0	2.033	8·9	8.829	42·9

¹⁾ Die Aufgliederung der Beschäftigten nach Geschlecht und Bundesländern wird seit März nur mehr vierteljährlich bekanntgegeben, gelegentlich stehen aber für einzelne Bundesländer auch zwischendurch Ergebnisse zur Verfügung.

²⁾ Vorläufige Zahl.

³⁾ Die Zunahme bei den Bekleidungsarbeitern betrug aber nur 1.868 gegenüber 2.437 im Juni 1952.

chemischen Arbeitern und den Körperpflegeberufen wurde erstmals wieder der Vorjahresstand erreicht oder unterschritten (bei den Textilarbeitern und den graphischen Berufen gab es schon seit Mai bzw. April weniger Arbeitslose als im Vorjahr).

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Juli ist neben dem Fremdenverkehr vor allem der verstärkten öffentlichen Bautätigkeit zu danken. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter sank um 3.981 oder 45·1% der gesamten Verminderung. In Wien gibt es um 20% weniger arbeitslose Bauarbeiter als im Vorjahr, in Vorarlberg gleich viel. In den übrigen Bundesländern ist sie freilich noch bedeutend höher. Die Freigabe von 800 Mill. S aus Counterpartmitteln und der noch für dieses Jahr geplante Bau an einigen Großprojekten läßt aber auch hier eine Besserung erwarten.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einigen anderen Berufsklassen, über die bereits Daten für Juli vorliegen, zeigt aber deutlich, daß die Belegung allgemein ist und vor allem vom Export ausgehende Impulse den Arbeitsmarkt erreicht haben. Besonders bemerkenswert ist die starke Verminderung der Zahl der arbeitslosen Textilarbeiter. Dank dieser günstigen Entwicklung sank die Frauenarbeitslosigkeit im Juli zum ersten Male seit Jänner 1952 unter das allerdings hohe Niveau des Vorjahres⁴⁾. Die Männerarbeitslosigkeit liegt noch um 17.400 Personen (31·8%) darüber.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in einigen Berufsgruppen im Juni und Juli und Anteil an der Gesamt-abnahme

	1950		1951		1952		1953 ¹⁾	
	Abnahme Juni/Juli	% der Ge-samt-abnahme	Abnahme Juni/Juli	% der Ge-samt-abnahme	Abnahme Juni/Juli	% der Ge-samt-abnahme	Abnahme Juni/Juli	% der Ge-samt-abnahme
Bauarbeiter	6.450	45·9	5.445	22·9	7.203	95·3	9.951	44·3
Insgesamt ohne Bau- arbeiter	7.590	54·1	18.341	77·1	353	4·7	12.517	55·7
Eisen- und Metall- arbeiter	keine Vergleichsmöglichkeit				719	9·5	2.705	12·0
Holzarbeiter	966	6·9	1.107	4·7	926	12·3	1.576	7·0
Textilarbeiter ²⁾ ...	260	1·9	305	1·3	-2.308	-30·5	856	3·8
Hotel- und Gast- stättenarbeiter ..	1.312	9·3	1.832	7·7	1.556	20·6	2.325	10·3
Hilfsarbeiter wechselder Art	keine Vergleichsmöglichkeit				948	12·5	990	4·4
Insgesamt	14.040	100·0	23.786	100·0	7.556	100·0	22.468	100·0

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Minuszahlen bedeuten eine Zunahme.

Man darf annehmen, daß die leichte übersaisonmäßige Belegung des Arbeitsmarktes in den nächsten Monaten anhalten wird. Es wäre daher damit zu rechnen, daß normalerweise sowohl bei der Beschäftigung als auch bei der Arbeitslosigkeit im Herbst die Vorjahresstände erreicht werden. Wegen des Ein-

⁴⁾ Die Frauenbeschäftigung erreichte, wie oben erwähnt, das Vorjahresniveau bereits im Juni.

strömens des starken Schulentlassenen-Jahrgangs 1953 in den Arbeitsmarkt und wegen einiger vom Nationalrat im Juli beschlossener Maßnahmen wird diese erwartete Entwicklung aber modifiziert werden.

Die Zahl der vorgemerkten *Lehrstellenbewerber* hat sich Ende Juni wie erwartet sprunghaft auf 27.747 erhöht. Während sie um 39% höher als im Vorjahr ist, liegt die Zahl der offenen Lehrstellen um 18% darunter.

Vorgemerkte Lehrstellensuchende, offene Lehrstellen und besetzte Lehrplätze¹⁾

	Mai 1953	Juni 1953	Juni 1952
a) Vorgemerkte Stellensuchende	17.159	27.747	19.969
b) Offene Lehrstellen	7.170	8.624	10.521
c) <i>Andrangsziffer</i> (a : b)	2'4	3'2	1'9
d) Sofort ²⁾ verfügbare Lehrstellensuchende	5.212	14.409	10.455
e) Sofort ²⁾ verfügbare Lehrstellen	2.976	5.355	7.770
f) <i>Andrangsziffer</i> (d : e)	1'8	2'7	1'3
g) Besetzte Lehrstellen	1.783	1.511	1.593

¹⁾ Siehe Heft 5 der Monatsberichte, Jg. 1953, S. 155. — ²⁾ Q.: Bundesministerium für soziale Verwaltung, nach den Meldungen der Landesarbeitsämter. — ³⁾ Spätestens bis Ende des nächsten Kalendermonates.

Das Jugendeinstellungsgesetz, das am 1. September 1953 in Kraft tritt, wird die Beschäftigung erhöhen. Ob die erhoffte Ausweitung um 20.000 Stellen schließlich erreicht werden wird, hängt auch davon ab, wie weit die Unternehmungen von ihrem Recht, an Stelle der Aufnahme eines Jugendlichen eine Ausgleichsgebühr von 75 S monatlich zu zahlen, Gebrauch machen werden.

Trotz dieser Beschäftigungssteigerung dürfte sich aber durch die starken Jahrgänge der Schulentlassenen früher oder später auch die Arbeitslosigkeit, sei es durch arbeitslose Jugendliche selbst, oder durch erwachsene Arbeiter, die sonst beschäftigt worden wären, erhöhen.

Die Einbeziehung der Gutsarbeiter, der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter und der landwirtschaftlichen Tagelöhner in die Arbeitslosenversicherung sowie die Gewährung der Kinderbeihilfe an arbeitslose Landarbeiter aller Kategorien wird (wegen der vollständigeren Erfassung) die Arbeitslosenzahlen weiter erhöhen.

Das Arbeitskräfteangebot¹⁾, das sich seit einem Jahr unter dem Niveau des Vorjahres bewegte und dieses im Juni 1953 wieder erreichte, wird also in nächster Zeit eine langfristig steigende Tendenz aufweisen. Es ist möglich, daß unter diesen Umständen eine leichte Konjunkturbelebung allein nicht ausreichen wird, im nächsten Jahre die Gesamtzahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden unter das Niveau vom Herbst 1953 zu senken.

¹⁾ Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Arbeitslose, ohne Lehrstellenbewerber.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu *Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12*

Der *Güterverkehr* der Bundesbahnen ist im Juni saisonüblich zurückgegangen. Die Betriebsleistung betrug 449'1 Mill. netto-t-km (Mai 488'7 Mill.), je Arbeitstag wurden 5.869 (6.070) Wagen gestellt; die Verladungen gingen bei fast allen Gütern, außer Erzen, Stückgut und Sammelgut zurück. Im ganzen Monat wurden allerdings infolge der größeren Zahl von Arbeitstagen (25 gegen 23 im Mai) um 5'1% mehr Waggons verladen als im Vormonat.

Die Wagenstellungen nach Güterarten im Juni und im 1. Halbjahr 1953

	Juni	Jänner bis Juni	1952 = 100
Insgesamt	146.727	836.685	94'1
davon:			
Kohle, Koks	20.032	126.367	99'9
Holz	19.659	116.244	90'6
Baustoffe	21.948	97.514	82'7
Eisen	9.857	55.819	83'7
Papier	4.375	25.470	94'6
Erze	7.600	40.129	95'7
Kunstdünger	1.761	25.026	120'0
Nahrungsmittel	8.442	48.713	96'0
Stückgut	26.347	150.488	93'1
Sammelgut	4.042	22.366	102'9
Andere	22.664	128.549	102'0

Die Wagenlage war bis auf den noch nicht behobenen Mangel an Flachwagen (insbesondere für Donawitz) befriedigend; der Bedarf konnte zu 92'8% gedeckt werden, wobei von 30.049 Fremdwagen 20.365 wiederverwendet wurden. Die Zahl der abgestellten Schad- und Untersuchungswagen betrug 4.383.

Im *Personenverkehr* ist der Rückgang von 5'82 Mill. auf 5'54 Mill. verkaufte Karten durch den Pfingsttermin bedingt, der die Frequenz diesmal schon im Mai stark erhöhte (gegen Juni im Vorjahr). Der Reiseverkehr in den Monaten Mai und Juni zusammen war mit 113'6 Mill. verkauften Karten ebenso hoch wie 1952.

Verkehr und Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1953

Die Verkehrsleistungen der ÖBB waren im 1. Halbjahr 1953 durchwegs niedriger als in der Vergleichszeit 1952 und blieben teilweise auch unter dem Stand von 1951. Im *Güterverkehr* sank die für die Einnahmen entscheidende netto-t-km-Leistung um 19% und die für die Verladeintensität der Wirtschaft maßgeblichen täglichen Wagenstellungen um knapp 3%. Der Leistungsrückgang ist vor allem auf den geringeren Transit- und Importverkehr zurückzuführen, der um 24% und 20% abnahm, während der Binnenverkehr um 5 bis 7% schwächer gewesen sein

dürfte. (Genauere Daten liegen noch nicht vor.) Der Exportverkehr nahm um 8,7% zu.

Niedriger waren vor allem die Transporte von Baustoffen (-17%), Holz (-9%), Stückgut (-7%) und Eisen (-6%). Im Verlauf des II. Quartals nahmen die Transporte relativ wieder stärker zu und im Juni waren sie schon höher als im gleichen Vorjahresmonat.

Im Reiseverkehr wurden im I. Halbjahr 31,18 Mill. Karten verkauft, fast gleich viel wie im Jahre 1952.

Verkehrsleistungen der ÖBB im 1. Halbjahr 1953

	1. Halbjahr 1953	1952 = 100	1951 = 100
Güterverkehr			
Netto-t-km (in Mill.)	2.724,6	81,1	86,3
Zugs-km (in 1.000 ²)	10.675,0	94,4	99,5
Wagenachs-km (Mill.)	614,1	87,1	91,0
Wagenstellungen ²)	5.654	97,2	100,3
Transit-t-km (Mill.)	310,2	75,4	82,0
Transit-t (1.000)	1.212,5	76,5	87,0
Reiseverkehr			
Verkaufte Karten (1.000)	31.183,8	99,6	106,9
Zugs-km (1.000)	18.295,8	96,5	109,8
Wagenachs-km (Mill.)	316,8	99,5	114,5

²) Güterzüge. — ³) Je Arbeitstag, Voll- und Schmalspur.

Das finanzielle Ergebnis schloß in der laufenden Betriebsgebarung mit einem Abgang von 389,9 Mill. S gegen 551,8 Mill. S im Jahre 1952 ab. Das Gesamtdefizit war mit 518,6 Mill. S um 28,6% niedriger als 1952. Die Steigerung der Einnahmen von 1.502,8 Mill. S auf 1.656,5 Mill. S ist infolge des Leistungsabfalles geringer, als auf Grund der Tarifierhöhung vom 1. Mai 1952 hätte erwartet werden können.

Auf der Straße war der Reiseverkehr (für den Güterverkehr fehlen statistische Unterlagen) etwas lebhafter als im Vorjahr. Die Beförderungsleistung von Bahn und Post ging zwar von 47,9 Mill. beförderten Personen auf 47,7 Mill. zurück, hingegen wurden vom privaten Linienverkehr rund 18 Mill. Personen gegen 16,8 Mill. im Jahre 1952 befördert (+7%). Die Gesamtleistung von 65,7 Mill. Personen war damit um 1 Million höher als im Jahre 1952, allerdings ohne privaten Gelegenheitsverkehr, für den keine Daten vorliegen. Seine Leistung dürfte zwischen 3 bis 4 Mill. beförderten Personen liegen. Die von privater und staatlicher Seite geleisteten Fahrtkilometer sind mit 37,3 Mill. km nahezu gleich hoch wie im Jahre 1952 (37,6 Mill.); 28,6 Mill. entfielen auf den staatlichen Omnibusverkehr.

Die Motorisierung verstärkte sich im 1. Halbjahr 1953 beachtlich. Insgesamt wurden 34.353 fabriksneue Fahrzeuge zugelassen, d. s. 75% mehr als in der Vergleichszeit 1952. Der überwiegende Teil der Zulassungen (22.412 Stück) entfällt allerdings auf Motorräder (65,2%), von denen 13,1% mehr angemeldet

wurden als im Jahre 1952, während sich die Zulassungen von Personen- und Lastkraftwagen nur um 16% erhöhten.

Zulassung fabriksneuer Kraftfahrzeuge im 1. Halbjahr 1953

	1952	1953	1952 = 100
Insgesamt	19.629	34.353	175,0
davon			
Personenkraftwagen	3.685	4.256	115,5
Lastkraftwagen	1.664	1.926	115,7
Anhänger	1.430	1.359	95,0
Motorräder	9.696	22.412	265,2
davon			
Roller (Österreich)	876	4.212	480,8
Roller (Ausland)	125	523	418,4
Import, insgesamt	609	3.899 ²)	640,2

²) Hievon: 399 Horex, 612 Jawa, 916 NSU und 281 CZ; 2.362 Stück über 250 ccm.

Es wurden nicht nur mehr Motorräder aus der heimischen Erzeugung auf den Markt gebracht, sondern auch (im Kopplungsverfahren) mehr importiert. Aus der inländischen Erzeugung wurden 4.735 Roller neu angemeldet, gegen nur 1.001 im Jahre 1952. Auf ausländische Erzeugnisse entfielen 3.899 Motorräder (1952: 609) — vor allem Horex, Jawa und NSU mit 1.927 Stück — und zwar 2.362 Krafräder über 250 ccm, 523 Roller und der Rest auf Leichtmotorräder. Da der Roller das leichte Motorrad ersetzt, verlagert sich die Nachfrage nach Motorrädern deutlich zu den schwereren Maschinen.

Der Schiffsverkehr auf der Donau, der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt nunmehr lückenlos erfaßt wird, erhöhte sich gegenüber dem 1. Halbjahr 1952 um 15% auf 1,37 Mill. beförderte Tonnen. Hievon wurden in der Ein- und Ausfuhr 87,1%, im Inlandsverkehr 7% und der Rest im Transit bewegt. Die Freigabe der unteren Donautrecke im Juli 1952 steigerte den Inlandsverkehr auf das 2,6fache von 1952 und hob vor allem den Hafenumschlag in Wien von 55.845 t auf 304.755 t, während der Umschlag in Linz um 97.135 t stieg.

Der Güterverkehr auf der Donau im 1. Halbjahr 1953

	Insgesamt	1952 = 100	davon Nationalitäten			
			Österr.	Deutschl.	Jugosl.	Ungarn
in 1.000 t						
Ein- und Ausfuhr	1.189.726	125,2	831,5	310,3	32,1	9,8
davon Einfuhr	829.137	98,4	573,5	217,0	8,1	9,8
Inland	95.556	264,8	95,6	—	—	—
Transit	80.001	40,4	—	—	80,0	—
Insgesamt	1.365.283	115,3	927,1	310,3	112,1	9,8
davon						
Bergfahrt	478.206	—	324,3	93,2	44,8	9,8
Talfahrt	887.077	—	602,8	217,1	67,3	—

Der Bergverkehr hat sich nicht zuletzt dank der Freigabe der unteren Donautrecke günstig entwickelt und hatte mit 478.206 t einen Anteil von 35,0%. Der bewegte Schiffsraum wurde im Talverkehr mit 49,2% und im Bergverkehr mit 23,9% ausgelastet,

ein relativ günstiges Ergebnis, wenn man beachtet, daß für den unteren Donauverkehr 1.000-t-Kähne gebaut wurden, die auf der Strecke Linz-Regensburg nicht voll beladen werden können.

Warenmäßig überwogen die Kohlentransporte (53%), an nächster Stelle standen Roheisen (18 3/4%), Benzin und Öl (6 1/4%), Rohre und Bleche, Stahl und Getreide. Im Inlandsverkehr entfiel die überwiegende Masse der Güter auf Benzin und Öl, Rohre und Bleche sowie Kohle. Im Vergleich zu 1952 nahmen die Kohlentransporte um 3% ab, während die Beförderung von Eisenerz um 53% und von Roheisen um 134% stieg.

Transportleistung und Hafenumschlag im Donauverkehr im 1. Halbjahr 1953

Güter	Insgesamt	Anteil	davon	Hafenumschlag in	
	t	%	Inland	Wien	Linz
Insgesamt	1.365.283	100 0	95.556	304.755	1.047.321
Kohle	728.613	53 4	9.547	162.145	573.419
Eisenerz	41.361	3 0	—	—	41.361
Roheisen	250.463	18 3	714	814	250.363
Stahl	18.592	1 4	8	340	18.260
Rohre, Bleche	55.327	4 1	14.517	20.282	49.562
Benzin und Öl	83.261	6 1	54.764	69.217	53.098
Kalkammonsalpeter	11.686	0 9	853	853	11.691
Holz	6.682	0 5	2.570	1.737	1.848
Getreide	14.959	1 1	—	14.959	—
Rohzucker	14.097	1 0	1.733	14.097	—
Sonstige	140.242	10 2	10.850	20.311	47.719

Für den Flugverkehr ist ein Vergleich mit 1952 nicht möglich, da erst ab April 1952 Daten vorliegen. Im 1. Halbjahr 1952 flogen auf den 8 österreichischen Flughäfen 15.951 Personen ein und 15.169 Personen aus. Da in den Monaten April bis Juni 1953 bereits 31% mehr Personen ein- und ausreisten als im Jahre 1952, ist anzunehmen, daß das Jahresergebnis erheblich höher sein wird als im Vorjahr. Von den einzelnen Flughäfen war Wien-Schwechat mit 16.720 Personen am stärksten frequentiert. Auf die drei Wiener Flughäfen entfielen 26.016 Personen, d. s. 83 6/10% der Gesamtzahl, auf Salzburg 2.704 (8 7/10%) und der Rest von 2.400 (7 7/10%) auf Innsbruck, Linz, Graz und Klagenfurt. Die Frequenzzahlen sind selbst für österreichische Verhältnisse sehr niedrig.

Fremdenverkehr

Das Halbjahresergebnis lag mit 5 87 Mill. Übernachtungen (ohne Mittelberg) um 6 6/10% über dem von 1952. Der Ausländerverkehr übertraf die Vergleichszeit um 22 7/10%, während der Inländerverkehr leicht zurückging.

Entscheidend war die Zunahme des Besuches aus Deutschland (+ 61%) und den USA (+ 34%). Der Anteil der deutschen Gäste ist mit 47% der höchste seit 1930. Lediglich in den Jahren 1928 und 1929 war er mit 56% und 51% noch höher. Überraschend

ist der Rückgang der Besuche aus England, da die freie Devisengrenze von 25 auf 40 Pfund erhöht worden war.

Der Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1952 und 1953¹⁾

	1952	1953	1952	Anteil
	1.000 Übernachtungen		= 100	1953
Insgesamt	5.509 3	5.873 6	106 6	—
Inland ²⁾	3.690 5	3.642 6	98 7	—
Ausland	1.818 8	2.231 0	122 7	100 0
davon aus				
Deutschland	650 7	1.046 7	160 9	46 9
England	254 6	226 6	89 0	10 2
USA	118 6	158 7	133 8	7 1
Frankreich	138 3	144 4	104 4	6 5
Holland	125 8	140 9	112 0	6 3
Schweiz	164 9	125 2	75 9	5 6
Italien	122 0	102 6	84 1	4 6
Andere	243 9	285 9	117 2	12 8

¹⁾ Ohne das Zollausschlußgebiet Mittelberg.

Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr betragen im 1. Halbjahr 1953 544 7 Mill. S gegen 201 3 Mill. im Jahre 1952. Diese Steigerung um 171 1/10% steht weder mit der Frequenzerhöhung um 23% noch mit den verschiedentlichen Preissteigerungen um 10 bis 15% im Einklang, so daß Devisentransaktionen anderer Art einen entscheidenden Einfluß ausgeübt haben müssen. Sie dürften schätzungsweise 200 bis 250 Mill. S betragen.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Im Juni nahm die Einfuhr stark ab (um 181 Mill. S auf 1.143 Mill. S), die Ausfuhr (etwas weniger) stark zu (um 111 Mill. S auf 1.139 Mill. S). Die Handelsbilanz hat sich daher sprunghaft gebessert, und zwar sank der Einfuhrüberschuß im Gesamt handelsverkehr von 296 Mill. S im Mai (171 Mill. S im Durchschnitt der ersten fünf Monate) auf bloß 4 Mill. S im Juni und im kommerziellen Verkehr trat an seine Stelle (113 Mill. S im Mai und 62 Mill. S im Durchschnitt Jänner-Mai) ein Exportüberschuß von 53 Mill. S.

Das Passivum des Handelsverkehrs konnte vor allem durch Zunahmen der Ausfuhr nach Westdeutschland, Italien, England und der Schweiz (um 43, 21, 13 und 8 Mill. S) erheblich vermindert werden. Dadurch gelang es gegenüber den EZU-Ländern, trotz erhöhten Einfuhren aus diesem Gebiet, einen Ausfuhrüberschuß von 61 Mill. S zu erreichen¹⁾. Ausfuhrüberschüsse ergaben sich ferner gegenüber Asien,

¹⁾ Das entspricht 2 3 Mill. Dollar. Im Juniabschluß der EZU konnte Österreich allerdings einen Überschuß von 15 2 Mill. Dollar erzielen. Von der Differenz zwischen diesen beiden Zahlen entfällt der größte Teil auf Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, der Rest auf andere „unsichtbare“ Einnahmen und auf Kapitaltransaktionen.

Australien, den Gebieten Afrikas, die nicht ohnehin der EZU angegliedert sind, und im kommerziellen Verkehr auch gegenüber den Vereinigten Staaten. Passiv war der Saldo des Handelsverkehrs nur mit Lateinamerika (21 Mill. S) und mit den Ostblockstaaten (29 Mill. S), also vor allem mit Ländern, die ihre Clearingschulden gegenüber Österreich abzubauen wollen. Die Nettoclearingforderungen Österreichs im Verrechnungsverkehr mit Nicht-EZU-Staaten verringerten sich daher von 14,1 Mill. Dollar im Mai auf 12,2 Mill. Dollar im Juni¹⁾. Nur die Clearingschulden Jugoslawiens und Ungarns und die Österreichs an Brasilien nahmen im Juni zu.

Stand der Verrechnungsabkommen Österreichs mit Nicht-EZU-Staaten

+ = Forderung, - = Schuld

	30. Mai 1953	30. Juni 1953 in 1.000 \$	31. Juli 1953
Argentinien	+1.650	+ 351	+ 109
Brasilien	-1.944	-2.201	-2.638
Bulgarien	+1.042	+ 998	+ 866
Jugoslawien	+4.002	+4.616	+5.228
Polen	+4.188	+3.572	+3.102
Rumänien	+ 961	+ 508	+ 964
Tschechoslowakei	+2.367	+2.312	+2.036
Ungarn	+1.721	+2.000	+1.811
Uruguay	+ 115	+ 58	+ 92

Vom Rückgang der *Einfuhr* um 181 Mill. S entfallen allein 126 Mill. S auf ERP-Lieferungen, die sich dadurch auf einen Wert von 57 Mill. S (2,2 Mill. Dollar) verminderten. Dieser Betrag liegt weit unter dem Durchschnitt der Vormonate, entspricht aber — abgesehen von Nachlieferungen aus dem Vorjahr — ungefähr der durchschnittlichen monatlichen Wirtschaftshilfe 1953/54.

Die *Einfuhr* ging vor allem dank dem verringerten Nahrungsmittelbedarf infolge der besseren Inlandsversorgung zurück. Die *Einfuhr* von Getreide und Müllereierzeugnissen war weit niedriger als in früheren Monaten. Sie betrug im Juni 40.624 t gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 83.029 t in den ersten fünf Monaten dieses Jahres und 97.655 t im 1. Halbjahr 1952. Der Wert der gesamten Nahrungs- und Genußmitteleinfuhr sank im Juni um 139 Mill. S; nur 24% der Gesamteinfuhr entfielen auf diese Gruppe gegenüber 31% im Mai und 37% im Juni 1952. Stark rückläufig war im Juni auch die Rohstoffeinfuhr, die im Mai etwas zugenommen hatte, nun aber wieder um 82 Mill. S auf 404 Mill. S zurückging. Hingegen stieg die Fertigwareneinfuhr insbesondere zufolge höherer Metallwarenimporte (+ 24,3 Mill. S) und Maschineneinfuhr (+ 18,2 Mill. S) um 41 Mill. S auf 298 Mill. S.

Die geringeren Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte bewirkten einen Rückgang des Gesamteinfuhrvolumens — das in den drei Vormonaten etwas über dem Niveau von 1937 gelegen war — auf 85% von 1937 bzw. auf den Stand der Monate um die Jahreswende (Durchschnitt der Monate September 1952 bis Februar 1953 85% von 1937). Es scheint, daß bei verhältnismäßig guten Ernteerträgen zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Produktionsvolumens infolge der besseren Eigenversorgung auf verschiedenen Gebieten (Energie, Rohstoffe) und einer strikteren Importkontrolle, trotz beträchtlichen Investitionen (hohe Maschinenimporte!), ein Einfuhrvolumen, das um etwa 10% unter dem von 1937 liegt, hinreicht²⁾. Sollte das Produktionsvolumen bei Beginn der geplanten größeren öffentlichen Bauvorhaben wieder steigen, so ist jedoch mit einer Zunahme auch des Importvolumens zu rechnen. Die im Gang befindliche Liberalisierung wird ebenfalls zu einer Steigerung der *Einfuhr* in gewiß beachtlichem Maße beitragen.

Die *Ausfuhr* erreichte im Juni mit 1.139 Mill. S neuerdings einen Höchstwert. In Dollar war sie jedoch mit 43,8 Millionen niedriger als im März dieses Jahres und blieb auch hinter den Höchstwerten des letzten Quartals 1952 zurück. Die Dollarpreise sind allerdings seit damals gefallen, so daß das *Ausfuhrvolumen* im Juni mit 138% von 1937 nur hinter dem Märzergebnis (144) zurückbleibt. Das *Exportvolumen* überschritt im 1. Halbjahr 1953 bereits das Volumen des Vorjahres (Halbjahresdurchschnitt) um 31%, obwohl im 2. Halbjahr gewöhnlich mehr exportiert wird als in der ersten Jahreshälfte. Es wird daher zu Jahresende voraussichtlich noch günstiger liegen, da die Abwertung und die saisonübliche Zunahme für das letzte Quartal neue Höchstwerte erwarten lassen.

Die Wechselkursangleichung hatte auch im Juni ein leichtes Steigen der *Schillingpreise* des Außenhandels bewirkt. Sie lagen nun im Import um 22,9% und im Export um 19,4% höher als im April, dem letzten Monat, in dem noch ausschließlich der alte Wechselkurs galt. Die Entwicklung der Dollarpreise (Außenhandelspreisentwicklung nach Ausschaltung des Abwertungseffekts) ist seit Beginn dieses Jahres ruhiger geworden. Es sind zunächst auch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Wechselkursangleichung zu stärkeren Preisnachlässen auf der Exportseite geführt hätte. Da aber die Exportpreise gegenüber dem Vorjahr bedeutend stärker zurückgegangen sind als die Importpreise — der Exportpreisindex lag im 1. Halbjahr (gemessen in Dollar) um 18% nied-

¹⁾ Im Juli sanken sie neuerlich auf 11,6 Mill. Dollar.

²⁾ Ohne elektrotechnische Maschinen.

³⁾ Das Einfuhrvolumen für das Jahr Juli 1952 bis Juni 1953 betrug 92.

riger, der Importpreisindex nur um 4% — kann man schließen, daß die Kopplungsgeschäfte, der wachsende Konkurrenzdruck und die Erwartung der Schillingkursänderung die durch die Wechselkursangleichung ermöglichten Preissenkungen zum Teil schon in den Vormonaten vorweggenommen haben. Jedenfalls bewirkte die ungleiche Entwicklung der Import- und Exportpreise eine merkliche Verschlechterung unserer internationalen Austauschbedingungen im laufenden Jahr. Das Austauschverhältnis (Ausfuhrpreisindex dividiert durch Einfuhrpreisindex) ging neuerlich von 74 (1937 = 100) im Mai auf 71 im Juni zurück.

Index der Außenhandelspreise
(auf Dollarbasis)

	Einfuhrpreise Ausfuhrpreise	
	1952 = 100	
1953 Jänner.....	100	79
Februar.....	99	84
März.....	91	81
April.....	95	83
Mai.....	94	83
Juni.....	96	82

Im II. Quartal 1953 überschritt die österreichische Ausfuhr zum erstenmal die Dreimilliardengrenze, erreichte also einen Monatsdurchschnitt von über einer Milliarde Schilling. (Im letzten Quartal

des Vorjahres wurde mit 2.977 Mill. S die Dreimilliardengrenze nahezu erreicht.) Diese starke Steigerung des Schillingwertes ist jedoch, wie bereits erwähnt wurde, vor allem auf die Wechselkursangleichung zurückzuführen. In Dollarpreisen gerechnet ist die Ausfuhrsteigerung weniger stark, doch beträgt sie immerhin 5% gegenüber dem Vorquartal und 5·2% gegenüber dem II. Quartal 1952.

Die Einfuhr war im II. Quartal 1953 etwas höher als im I. (gemessen in Dollar, um 6·6%), aber weitaus niedriger (um 15·5%) als im II. Quartal 1952. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr war so stark, daß sogar der Schillingwert der Einfuhr — trotz der Verteuerung infolge der Wechselkursangleichung — niedriger war als im II. Quartal 1952.

Der Einfuhrüberschuß betrug im II. Quartal 1953 20·7 Mill. Dollar gegenüber nur 17·6 Mill. Dollar im I. Quartal, aber 54 Mill. Dollar im II. Quartal 1952.

Ein- und Ausfuhr

	1.000 /			1.000 /		
	Mill. S	Mill. \$	Gesamteinfuhr	Mill. S	Mill. \$	Ausfuhr
II. Quartal 1952	2.249	3.741	174·7	1.043	2.571	120·7
I. „ 1953	1.756	2.967	138·6	1.114	2.590	121·0
II. „ 1953	1.920	3.559	147·7	1.304	3.077	127·0